

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 29. Januar 1931
2. Jahrgang. Nr. 24

Erstausgabe nach dem Ausbruch des Streiks und Posttags. Preis: 20 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 32 Pf. monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifen 3 Mk. Anzeigenpreis: Die dreizehnlängere Mittelzeile ober deren Raum 12 Pf., weitere und Verkleinerungen 6 Pf. Kleinanzeigen: Die dreizehnlängere Mittelzeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Hauptredaktion um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, I. E. Lehn 460 39. Schriftleitung: Breslau 54, Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, I. E. Lehn 460 39. Sprechzeit der Redaktion von 12-13 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktion: Berlin, Rummel 22 24. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlagssort Breslau. Verlag: Schließke Verlagsgesellschaft m. b. H. Breslau. — Druck: „Schließke“ W.G., Fil. Breslau Trebnitzer Straße 50. Telefon 464 55.

Lohnraubschiedsspruch für Niederschlesien gefällt

Die Hungerlöhne der Waldenburger und Neuroder Bergarbeiter sollen um 5 Prozent gelüftet werden — Gewerkschaftsbürokraten sind mit dem Lohnraub einverstanden

Bergarbeiter, antwortet mit dem Streik!

Waldenburg, 29. Januar. Am Mittwoch wurde für den niederschlesischen Bergbau ein Schiedsspruch gefällt, der eine fünfprozentige Lohnherabsetzung in allen Lohnklassen mit Ausnahme des Soziallohnes vorsieht. Die Parteien haben sich bis zum 2. Februar über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Aber Voraussicht nach werden die Arbeitgeber den Schiedsspruch ablehnen, da er aus dem Rahmen der übrigen im gesamten deutschen Bergbau gefällten Schiedsprüche, bei denen überall ein sechsprozentiger Lohnabbau beschlossen wurde, herausfällt.

Waldenburg, 29. Januar. Am Sonntag, dem 1. Februar, tritt die Revierkonferenz des Bergbauindustriearbeiterverbandes zusammen, um zu dem gestern gefällten Schiedsspruch Stellung zu nehmen.

Die Tatsache, daß die Schlichterkammer in der Lage war, einen Schiedsspruch zu fällen, ist ein Beweis dafür, daß eine der Parteien mit den Schlichtern gestimmt hätte. Unzweifelhaft waren es die Gewerkschaftsbürokraten, die für den Abbau der Löhne um 5 Prozent gestimmt haben. Es ist ausgeschlossen, daß die Unternehmer, die an der Ruhr und in Oberschlesien 12 Prozent und in Niederschlesien 10 Prozent Lohnabbau forderten, ohne besondere Veranlassung sich mit 5 Prozent begnügen hätten.

Unzweifelhaft wird die reformistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie nunmehr von „Erfolgen“ berichten, von Erfolgen insofern, als „nur“ 5 Prozent der Unternehmerforderung durch den Schiedsspruch bewilligt sind und der bevorstehende Lohnraub prozentual geringer sei, als an der Ruhr und in Oberschlesien. Doch das ist ein billiger Trost. Der Hauermittellohn — Bauer sind die Spitzenverdiener im Bergbau — beträgt pro Schicht im Waldenburger Revier 6,30 Mark und im Neuroder Revier 5,50 Mark. Die Löhne der Schlepper schwanken zwischen

3,31 bis 5,52 Mark pro Schicht. Diese Hungerlöhne sollen nun um 5 Prozent abgebaut werden, in einer Zeit, wo die Steuern und Abgaben erhöht werden, und jede Woche eine Feiertagschicht im Bergbau stattfindet, so daß der Bergmann lediglich das fünfmalige des Schichtlohnes als Wochenverdienst hat. In der Regel betragen die Abzüge von seinem Brutto-lohn etwa 20 Prozent.

Der Schiedsspruch muß abgelehnt werden. Nach wie vor gilt die Forderung: Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub. Mögen die Gewerkschaftsbürokraten noch so radikale Phrasen auf der kommenden Revierkonferenz brechen, in Wirklichkeit sind sie mit dem Lohnraub einverstanden, werden nichts zur Organisierung eines wirklichen Widerkampfes unternehmen. Heute, morgen und übermorgen finden im Waldenburger und

Neuroder Gebiet von der KPD einberufene Bergarbeiter-versammlungen statt. Diese Versammlungen müssen einmütig nicht nur den Prozentsigen Lohnraub ablehnen, sondern darüber hinaus den Streik beschließen. Denn nur mit dem Mittel des Streiks wird es möglich sein, den Lohnraub abzuwehren.

Schiedssprüche müssen in allen Orten Solidaritätsausschüsse gewählt werden, damit der Streik der niederschlesischen Bergarbeiter sich auf die breiteste Unterstützung der gesamten werktätigen Bevölkerung stützen kann.

Verzicht auf Streik bedeutet Einverständnis mit dem Lohnraub. Deshalb: Alle Mann an Bord! Beantworte den Lohnraub mit dem Streik!

SPD-Gemeindevertreter kommt zur Kommunistischen Partei

Neusatz. Einen erfolgreichen Vorstoß hat unsere Partei dieser Tage in Schlawe unternommen. Bei einer hier abgehaltenen Versammlung traten 20 Arbeiter der KPD bei, darunter der Gemeindevertreter der SPD, Klause, der mit seinem Mandat sich der KPD zur Verfügung stellte. Zehn Aufnahmen wurden in dieser Versammlung auch für die Rote Hilfe gemacht, ebenso erfolgreich gestaltete sich eine Erwerbslosenversammlung in Schlawe, wo unser Genosse Kabeibel aus Schlawe sprach, und sein Referat allgemeinen Beifall fand. Es wurde auch ein Erwerbslosenrat gewählt.

Neues Terrorurteil!

Dels, 29. Januar. In Dels fand der Termin gegen sieben revolutionäre Arbeiter statt. Wegen Vorfällen, die sich am 7. August 1930 am Ringe in Dels abspielten, wurde gegen diese Arbeiter ein Prozeß wegen „Landfriedensbruch, Rädelsführerschaft“ usw. anstrengt. Bei dem Termin erhielt unser Genosse Stoffel neun Monate Gefängnis und Genosse Kaczmarek einen Monat. Wegen dieses Urteils hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. In dem Berufungstermin ist das Urteil gegen den Genossen Stoffel auf ein Jahr erhöht worden. Insgesamt wurden die angeklagten revolutionären Arbeiter zu 43 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die Vorgänge, die der Polizei und der Justiz Veranlassung gaben, unsere Genossen ins Gefängnis zu stecken, gehen wir morgen im lokalen Teil ausführlich ein.

Die Stilllegung der Wenzeslausgrube

2000 Kumpels entlassen

Waldenburg, 29. Januar. (Eig. Bericht.) Die Wenzeslausgrube ist gestern stillgelegt worden, zur Entlassung gelangten 2000 Arbeiter. 250 Arbeiter verrichteten Aufräumungsarbeiten. Der Direktor Gärtner gab einen Aufruf heraus, in dem gesagt wird, daß die Stilllegung wegen Ausbleibens der Staatsbeihilfe erfolgen mußte. Dieser Aufruf stellt ein geschickt eingefädeltes Manöver dar, schießt er doch mit einem Appell an die Kumpels, in dem es heißt: Kapit hoch!

Der Sinn des Manövers ist nicht schwer zu erraten. Der Schlawe Direktor verfolgt damit zweierlei. Einmal will er einen Druck auf die Regierung ausüben, um Subventionen in möglichst großer Höhe herauszuschlagen, und gleichzeitig von den Kumpels ebenfalls ein „Opfer“ in Form einer Arbeitsverlängerung erreichen. Des weiteren soll aber — und das wird vermutlich der Hauptzweck sein — damit der Ausbruch des allgemeinen Lohnkampfes im Waldenburger Revier erschwert werden. Die 2000 auf Pfaster liegenden Kumpels der Wenzeslausgrube sollen ihre zum Streik rüstenden Kameraden absprechen. Als Dank dafür hofft die Wenzeslausgrube leichter zu den Subventionen zu gelangen.

Dieses Manöver zu durchkreuzen ist selbstverständliche Pflicht der Bergarbeiter. Auf diesen brutalen Hinauswurf der 2000 Kumpels muß die Antwort lauten:

Nun erst recht alle Schächte streikbereit machen. Denn nur der Massenstreik allein ist imstande, die Pläne der Grubenbarone zum Scheitern zu bringen!

10 Prozent Gehaltsabzug in der Montan-industrie O.S. differt

Wiesing, 28. Januar. Nachdem die Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverband und Angestelltenorganisationen über den Neuabschluss eines Gehaltsabkommens am vergangenen Sonnabend gescheitert waren, hat der Arbeitgeberverband trotz des Widerspruchs der Angestelltenorganisationen seinen Mitgliedsfirmen aufgegeben, vom Januargehalt 10 Prozent einzubehalten. Diese brutale Maßnahme hat unter der Angestelltenchaft eine ungeheure Erregung ausgelöst, da zunächst einmal jede rechtliche Grundlage für einen solchen Abzug fehlt und andererseits die Bezüge der unteren Angestellten in der ober-schlesischen Industrie nicht nur hinter diejenigen anderer Industriegebiete zurückstehen, sondern durch die Bürgersteuer, erhöhte Mieten und Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge eine bereits unerträgliche Minderung erfahren haben.

In Wiesing und Hindenburg haben bereits größere Versammlungen stattgefunden, in denen schärfster Protest gegen die Provokation der Unternehmer erhoben wird.

Tag überhaupt das freche Unternehmerpad zu einer solchen brutalen Maßnahme griff, daran sind nicht zuletzt die Führer der Angestelltenorganisationen schuld. Monatslang hinhangeln die Gewerkschaftsbürokraten mit den Unternehmern wegen einem geringeren Gehaltsabbau. Grundrichtig sind auch sie für einen Abbau der unteren Angestelltengehälter zu haben. Die elende wirtschaftliche Lage dieser Angestellten schließt keinen Pfennig Gehaltsabbau zu und deshalb müssen die Angestellten durch die Wahl von Kampfausschüssen selbst die Organisierung des Kampfes gegen jeden Pfennig Gehaltsabbau in die Hand nehmen, da die Gewerkschaften an die Ausübung eines Kampfes gar nicht denken.

Tolle Pläne der Unterstückeräuber

Arbeiter, wehrt euch! — Mobilisiert zum 25. Februar!

Vor einigen Tagen sprach in einer Düsseldorf-Unternehmer-tagung der berühmte Vorsteher der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Brauweiler. Er forderte radikalen Abbau aller sozialpolitischen Unterstücker und in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung ließ er durchblicken, daß er für Durchführung des Antrages der Deutschen Volkspartei sei.

Die Deutsche Volkspartei fordert die Einführung einer Berufsständischen Arbeitslosenversicherung, aus der die sogenannten Gefahrengruppen (Bau- und andere Saisonarbeiter) ausgeschlossen sind. Diese Gruppen sollen in einer besonderen Abteilung versichert werden, die die Lasten der berufstätigen Arbeitslosigkeit allein (!) trägt. Der Antrag verlangt weiter den Abbau der Versicherungsleistungen in der Art, daß die Versicherung mit einem Höchstbeitrag von 5 v. H. unter allen Umständen auskommt. Reichszuschüsse müssen dabei vollkommen wegfallen. Die Unterstückerbauer soll auf 17 Wochen begrenzt werden. Unterstützung an Ehefrauen, deren Ehemann noch in Arbeit steht, darf nicht geleistet werden. Für die Durchführung der Aufgaben des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sollen Ersatzzulassen durch die Berufsverbände zugelassen werden.

Alle diese Vorschläge zielen auf einen brutalen Abbau der Arbeitslosenunterstützung hinaus, für die Arbeiter im Baugewerbe würde die Unterstücker so gut wie ganz beseitigt werden. Denn man kann sich vorstellen, was eintreten würde, wenn die Arbeiter des Baugewerbes aus der allgemeinen Regelung herausgenommen würden und selbst für ihre Arbeitslosen aufkommen müßten.

In letzter Zeit häufen sich in der bürgerlichen Presse die Vorschläge zur „Reform“ der Arbeitslosenunterstützung, natürlich sind es alles Abbauvorschläge. Ein grotesker Vorschlag, der im „Berliner Tageblatt“ gemacht wurde, soll noch erwähnt werden. Es wurde da vorgeschlagen, daß alle Arbeiter jährlich reihum ein Vierteljahr aussetzen sollen und für die arbeitslosen Monate eine ganz knappe bemessene Unterstützung erhalten sollen. Natürlich ist ein solcher Vorschlag in der Praxis unbrauchbar, aber dieser und alle anderen Vorschläge dienen eben der Kampagne, um für einen neuen brutalen Unterstückerabbau Stimmung zu machen.

Dieser Kampagne muß die Arbeiterschaft energisch begegnen. Die Mobilisierung zum 25. Februar, dem internationalen Arbeitslosentag, kommt zum richtigen Zeitpunkt. Alle Arbeitslosen und Betriebsräte müssen auf die Anschläge aufmerksam gemacht werden, die von der Brüning-Regierung, dem Unternehmertum und den sozialfaschistischen Führern vorbereitet werden. Gleichzeitig müssen die Forderungen der kommunistischen Partei und der KPD jedem Arbeiter bekanntgemacht werden, vor allem:

- Widerbeihilfe, menschenwürdige Unterstützung für alle Arbeitslosen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.
- Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!
- Es geht darum, ob Millionen Arbeitslose dem Hungertod ausgeliefert werden sollen oder ob es gelingt, die Lohn- und Unterstückeräuber zurückzuschlagen!
- Bekämpft die Mobilisierung zum 25. Februar, der ein wichtiger Kampf gegen das Hunger-Regime werden muß!

Genf, ein Warnsignal

Die Tagung des Genfer Völkerbundesrates, die vor einigen Tagen ihren Abschluß fand, hat, entgegen den geräuschvollen Ankündigungen hüben und drüben, keinerlei besondere Sensationen gebracht. Auf der offiziellen Tagesordnung standen nur Fragen zweiten Ranges. „Vorstellungsgenossen“ — sagte der polnische Außenminister Jazelski. Denn das Schicksal einer unterdrückten Minderheit ist für die kapitalistischen Regierungen im besten Falle ein Schachobjekt, wie es sich in Genf wieder einmal gezeigt hat.

Und doch wurden hinter den Kulissen der Ratstagung diesmal wichtige Entscheidungen getroffen, die für die kapitalistische Weltpolitik in der nächsten Zukunft richtunggebend sein werden.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Debatte über die Unterdrückung der deutschen Minderheit in Oberschlesien durch den polnischen Faschismus. Die deutsche Außenpolitik hat sich dieser Frage bemächtigt, in der Absicht, einen ersten Vorstoß gegen Polen zu unternehmen. Einige Wochen lang warf sich das offizielle Deutschland in das Löwenfell der Empörung über die Verletzung der deutschen nationalen Ehre. Aber einige französische Drohungen und ein paar provokatorische Artikel der englischen Presse gegen die deutschen Revisionswünsche wirkten bereits auf das in Wallung geratene Blut der deutschen Imperialisten wie ein kaltes Strichbad.

Der deutsche Vertreter auf der Ratstagung, der Außenminister Curtius, fand sich in Genf einem französisch-englischen Block gegenüber. Diese Tatsache ist das hervorstechendste Merkmal der neuen weltpolitischen Situation.

Diese veränderte Situation bestimmte den Verlauf der Genfer Verhandlungen. Herr Curtius paßte sich geschickt den Umständen an. Er ließ von vornherein den moralischen Plunder fallen und stellte sich auf den „Boden der Tatsachen“, der in der kapitalistischen Welt zumeist der goldene Boden des Geschäfts oder des politischen Schachens ist.

Den Verlauf und Ausgang der Oberschlesiendebatte sehen wir als bekannt voraus. Die deutschen Forderungen wurden in beträchtlich gemilderter Form angenommen. Polen erhielt eine moralische Ohrfeige, die es ohne Geißel einsteckte. Das Kompromiß kam zustande unter dem väterlichen Patronat Briand's und Henderson's und unter dem Segen des Baltikas.

Aber wie jedes Kompromiß so setzt auch die Lösung des Oberschlesienkonflikts eine geschäftliche Abmachung auf Gegenseitigkeit voraus. Polen, das über einen so mächtigen Beschützer wie das imperialistische Frankreich verfügt, hat keinerlei Anlaß, sich ohne Gegenleistung um Unrecht setzen zu lassen. In dieser Frage aber liegt das Geheimnis der Genfer Tagung eingeschlossen: Was hat Deutschland gezahlt für die Bewilligung seiner Forderungen?

Um der Antwort auf die Spur zu kommen, müssen wir einige andere Genfer Vorgänge kurz beleuchten.

★

Am Vorabend der Tagung des sogenannten Europäischen Komitees, die der Ratstagung voranging, unterzeichneten in Genf der polnische und rumänische Außenminister ein Abkommen über die Verlängerung des polnisch-rumänischen Militärbündnisses. Dieses Abkommen ist aber mehr als eine einfache Erneuerung des alten Bündnisvertrages. Die entscheidenden Paragraphen wurden wesentlich präziser und konkreter formuliert. Die rein militärischen Abmachungen erhielten eine festere Gestalt.

Die Verhandlungen, die zu diesem Abkommen führten, waren sehr langwierig. Es ergaben sich ernste Schwierigkeiten, die in den tiefen ökonomischen Gegensätzen zweier Agrarländer unter dem Druck der Weltmarktlage ihren Ursprung hatten. Aber gerade diese Schwierigkeiten gaben indirekt den Anlaß zu einer festeren Gestaltung des polnisch-rumänischen Kriegsbündnisses.

Frankreich rief die Führung der Verhandlungen an sich. Der griechische Außenminister Venizelos und der französische Interventionsgeneral Franquet d'Esperey erschienen in Bukarest und Warschau. Der französische Generalstab übernahm selbst die Oberleitung über die Armeen Polens und Rumäniens. Als sich des Oberbefehls wurde Bukarest vereinbart. Zum Oberbefehlshaber der vereinigten polnisch-rumänischen Streitkräfte wurde der Militärgouverneur von Paris, Marschall Gouraud, ernannt, wie die Heere der Kleinen Entente der Leitung des französischen Generals Kolliet anvertraut sind.

Ueber den Charakter des polnisch-rumänischen Kriegsbündnisses kann es heute keine Zweifel mehr geben. Der Prozeß gegen die „Industriepartei“ hat den Schleier, der die Machenschaften des französischen Generalstabes den profanen Augen der Weltöffentlichkeit entzog, gelüftet. Es hat sich gezeigt, daß sich die strategischen Aufmarschpläne gegen die Sowjetunion, die in den Kabinetten des französischen Generalstabes ausgeheckt werden, im wesentlichen auf das polnisch-rumänische Militärbündnis stützen.

Die Unterzeichnung des neuen Abkommens, welche die Europäische Friedenskonferenz in Genf wirkungsvoll eröffnete, ist ein neuer Beweis für die Bestrebungen Frankreichs, den Termin des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion nach Kräften zu beschleunigen.

★

Das zweite Ereignis, das die Genfer Ereignisse in ihrer ganzen Tragweite beleuchtet, ist das „Friedensmanifest“, mit dessen Annahme das „Europa-Komitee“ seine Tagung abschloß. Dieses Manifest, das von England, Frankreich, Deutschland und Italien unterzeichnet wurde, ist mehr als ein Dokument der schamlosen Heuchelei jener kapitalistischen Staatsmänner, die mit der einen Hand „Friedensmanifeste“ unterzeichnen, während sie mit der anderen ihre Unterschrift unter Kriegsbündnisse setzen. Es ist von Anfang bis zu Ende auf einen provokatorischen Ausschall gegen die Sowjetunion aufgebaut, ohne daß die Sowjetunion direkt genannt wird.

Der Aufruf der kapitalistischen Großmächte Europas ist ein Appell zum Vertrauen auf die „Solidität des Friedens in Europa“. Er wendet sich mit größter Schärfe gegen die „unverantwortlichen Kreise“, die „Gerüchte über die Möglichkeit eines internationalen Krieges“ in die Welt setzen. Auf diese „Gerüchte“ seien die „politischen Schwierigkeiten“ und die „Unsicherheit“ in Europa zurückzuführen.

Wer sind diese „unverantwortlichen Kreise“? Wer warnt die Weltöffentlichkeit stets mit Nachdruck vor der Gefahr neuer Kriege. Die Sowjetunion! Gegen wen richtet sich das

Gummiknüppelrekord der Polizeisozialisten

Täglich 78 Gummiknüppelüberfälle in Preußen

28 308 Polizeiberfälle im Jahre 1930 — 42 Proletarier durch Polizeikugeln getötet 541 Feuerüberfälle — Fälschungen zur Kommunistenhehe

Das Preussische Innenministerium hat auch dieses Jahr wieder dem Landtag einen „Wegweiser durch die Polizei“ übermittelt, der u. a. auch statistische Angaben über Polizeiberfälle auf Versammlungen, Versammlungsstörungen usw. enthält. Die sozialdemokratische und bürgerliche Presse versucht die von Severing hier zusammengetragenen Zahlen zur Kommunistenhehe zu verwenden. In Wirklichkeit bedeutet dieses Material aber eine einzige Anklage gegen den Terror der Polizeisozialisten. Lassen wir die Zahlen sprechen.

28 308 mal wurden im Jahre 1930 Ueberfallkommandos aus besonderem Anlaß, d. h. gegen Demonstrationen und Versammlungen eingesetzt. Nach Angabe der Statistik 19 905 mal mit Erfolg. Darunter kann nur verstanden werden, daß rund 20 000 mal die Polizei Severings und Streikposten auseinandergehauen hat.

Noch grauenhafter sind die Angaben über den Gebrauch der Schußwaffe durch die Polizei. Insgesamt wurden von der Polizei Severings im Jahre 1930 541 Feuerüberfälle durchgeführt, davon 371 von der Schutzpolizei, 65 von der Landjägeret, 57 von der kommunalen Polizei und 48 von der Kriminalpolizei.

Als Bemerkungen zu dieser Rubrik zählt die Statistik Severings auf, daß bei diesen Feuerüberfällen insgesamt 42 Personen getötet und 51 durch Schüsse verletzt wurden. Allein das Berliner Polizeipräsidium zählt 11 Todesopfer der schießenden Polizei.

Die Zahl der Gummiknüppelüberfälle und der Verletzungen durch Gummiknüppelhebe, die bekanntlich sehr schwerer Natur sein können, werden, wie im vorigen Jahr, auch dieses Mal nicht erwähnt. Sie ist so ungeheuer groß, daß sie sich statistisch überhaupt nicht mehr erfassen läßt.

Nur Proletarier wurden durch die Polizeikugeln

Severings getötet. Nicht ein einziger Nationalsozialist, Stahlhelmer, Streikbrecher oder Ausbeuter.

Die Polizeistatistik zählt insgesamt 2494 Versammlungen auf, bei denen die Polizei wegen Störung eingeschritten ist. Sie erwähnt dann weiter, 1258 Versammlungen, die durch „Kommunisten und sonstige“ veranstaltet wurden, seien gestört. Als Störer der Versammlungen zählt sie dann auf in 1873 Fällen „Kommunisten und sonstige“ und 521 NSDAP, 33 Stahlhelm, 1 Jungdo, 1 Wehrwolf, 16 andere Rechtsverbände, 49 Reichsbanner.

Man halte diese Zahlen gegeneinander. 1258 kommunistische Versammlungen wurden gestört, alle Gegenüber der Kommunisten zusammen genommen — waren aber insgesamt nur in 821 Fällen Versammlungsstörer. Also in mehr als der Hälfte aller Fälle, 637 mal, mühten die Kommunisten ihre eigenen Versammlungen gestört haben. Daß das glatter Schwindel ist, kann sich jeder selbst an den fünf Fingern abzählen.

Wie kommt diese Fälschung zustande? Einfach dadurch, daß Severing zwar alle anderen Organisationen einzeln aufzählt, aber für die Kommunisten eine Sammelrubrik „Kommunisten und sonstige“ und so werden der Kommunisten zahlreiche Versammlungsprengungen glatt ange-dichtet, die irgendwelche faschistischen Verbände begangen haben.

Damit soll der Boden zur Verschärfung des Polizeiterrors zur noch größeren Vermehrung der Zahl der Gummiknüppel- und Feuerüberfälle auf Proletarier vorbereitet werden.

Die Zahlen über die Gummiknüppel- und Feuerüberfälle auf Proletarier muß man jedem vorhalten, der es wagt, vom „Volkstaat“, von der „Polizei als Freund des Volkes“ und ähnlichen Dingen zu quatschen.

Für Kinderspeisung keinen Pfennig, aber

Zwei Millionen Mark für eine Reichswehrkaserne

Selbst in der bürgerlichen Presse wirbelt es etwas Staub auf, daß im Etat des Reichswehrministeriums wieder ungeheure Summen eingesetzt sind. Während an allen Ecken und Kanten gespart wird — natürlich hauptsächlich dort, wo es sich um Ausgaben im Interesse der Werttätigen handelt —, ist der Reichswehretat wieder erheblich erhöht worden. Während die letzte Million, die im vorjährigen Etat noch für Kinderspeisung eingesetzt war, in diesem Jahr völlig gestrichen wurde, findet man in dem Haushaltsplan des Reichswehrministeriums einen Posten von 1,9 Millionen Mark für den Neubau einer Kaserne. Ein unerhörter Hohn ist es aber, wenn dabei verzeichnet steht, daß es sich nur um die erste Rate für diese Kaserne handelt, so daß also die Kosten dafür erheblich höher sein werden.

Keine Kinderspeisung, dafür aber 800 Millionen Mark für die militärische Aufrüstung, das charakterisiert den ganzen Etat der Brüning-Diktatur. Dies zeigt aber auch das ungeheure Verschreien der SPD-Führerschaft, die diese Regierung mit allen Mitteln stützt und selbstverständlich auch für diesen unerhörten Etat stimmen wird.

Freie Antisowjetheke Barmat-Heilmanns im preussischen Landtag

Durchpeitschung des Etats nach Löbes Rezept

Im Preussischen Landtag begann gestern die Haushaltsdebatte. Vorher wurde in einer Sitzung des Vorkomitees durch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Braun ultimativ eine Drosselung der Debatte verlangt, der die Regierungsmehrheit natürlich bereitwillig entsprach. Löbe hat also auch in Preußen mit seinen Vorschlägen gegen die Opposition Schule gemacht. Der gesamte Etat, dessen Beratung ursprünglich bis Mai vorgesehen war, soll nunmehr bis zum März durchgepeitscht werden.

Mit dem Etat werden gleichzeitig die Beschlüsse des Hauptauschusses, der höhere Zölle für Lebensmittel verlangt, beraten.

„Friedensmanifest“ der europäischen Imperialisten? — Gegen die Sowjetunion!

Und dieses Manifest wurde von der deutschen Delegation unterzeichnet. Die Unterschrift des deutschen Außenministers prangt auf diesem Dokument neben dem Namen Briand's und des polnischen Außenministers, der wenige Tage vorher das Kriegsbündnis mit Rumänien unterzeichnete.

Im Lichte dieser Tatsachen kann es über die Hintergründe der deutsch-polnischen Verständigung in der Oberschlesien-Frage keinen Zweifel mehr geben. Die Ereignisse der nächsten Zukunft werden endgültig den Schleier lüften.

★

Eine Welle der verzweifeltsten Reaktion geht über Europa. Die neue französische Regierung ist ein ausgeprochenes Kriegskabinet. Das Macdonald-Regime in England ist ernstlich erschüttert, seine Tage sind gezählt. Die deutsche Bourgeoisie hat in Genf eine außenpolitische Linie bezogen, die sie dem sowjetfeindlichen Westeuropa unweigerlich in die Arme treibt.

Die Weltbourgeoisie sucht verzweifelt nach einem Ausweg aus dem „schlechtesten Zirkel“ der Kriege. Nach den vielen vergeblichen ökonomischen Maßnahmen, die sicher nur die Schwierigkeiten vergrößerten, will sie jetzt auf politischem Wege sich aus der Sackgasse retten. Faschismus und Krieg — das ist die Parole.

Damit nimmt die Gefahr des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion konkretere Gestalt an, in demselben Maße wie die Schwierigkeiten für den Weltkapitalismus wachsen. — Genf ist ein Warnsignal!

Zuerst sprach der bekannte Barmat-Sozialdemokrat Heilmann, der eine wilde Heerde gegen eine angebliche Dumping-Ausfuhr sowie in Rußland in agrarischen Produkten hielt. Als er erklärte, daß in Rußland die „Zwangsarbeit halbverhungerter Staatsknecht“ eine Dumping-Ausfuhr ermöglichte, gab es einen Sturm der Entrüstung, wobei ein Genosse wegen des Zurses „Lügen-Heilmann“ zur Ordnung gerufen wurde. Die Neben anderer bürgerlicher Parteivertreter waren ein einziger Schrei nach Subventionen und Zöllen für die Großagrarier.

Am Donnerstag wird für die kommunistische Fraktion der Genosse Kerff mit Heilmann und den bürgerlichen Parteiführern abgerechnet.

Mit Hilfe der SPD. wird

Schund- und Schmutz-Rülz Oberbürgermeister in Dresden

Dresden, 28. Januar. In Dresden ist Bürgermeisterwahl. Die für diese Sache eingesetzte Kommission beschloß mit den Stimmen der SPD, den bekannten Schund- und Schmutzminister a. D. Dr. Rülz von der Giftgaspartei der Stadtverordnetenversammlung zur Wahl zu empfehlen. Als Dank dafür erhielt die SPD. einige Ratsfüttertrippen zugewiesen.

Dieser Postenschacher zwischen SPD. und Bürgertum wurde hinter den Kulissen abgeschlossen und ist charakteristisch für die politische Ver lumpung der SPD-Führer. Die kommunistische Partei hat dem Schund- und Schmutzminister den Genossen Stolte (Berlin) als Kandidaten entgegengesetzt.

Der mordende Strafvollzug

Ludwigshafen, 28. Januar. (Eig. Ber.) Durch den furchtbaren Strafvollzug zur Verzweiflung getrieben, hat sich im Garnisonarresthaus in Ludwigsburg der Arbeiter Deml erhängt.

Genosse Deml war wegen „Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung“ zu der ungeheuerlichen Gefängnisstrafe von zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sein Tod ist ein glatter Mord durch die unerhörten Methoden des Strafvollzuges. Es ist, nachdem vor kurzer Zeit Genosse Schroer im Gefängnis Zweibrücken auf dieselbe Weise in den Tod gejagt wurde, das zweite Opfer eines mörderischen Strafvollzuges, gegen den gemeinsam mit der Roten Hilfe die Arbeiter Front machen müssen.

Massendemonstration gegen Klassenjustiz und Faschismus

Monsterprozeß gegen 14 Arbeiter

Dresden, 28. Januar. Vor dem Schwurgericht in Dresden findet ein Prozeß gegen 14 Arbeiter aus Heidenau statt wegen angeblichen Landfriedensbruchs, weil sie sich in einer Naziverammlung von den Hakenkreuzbanden nicht wehrlos niederschlagen ließen. Die 14 Arbeiter werden im Auftrag der Roten Hilfe vom Genossen Dr. Heilmann verteidigt.

Die Faschisten waren so frech, am Tage des Prozeßbeginnes in Heidenau einen Fackelzug zu veranstalten, aus dem aber ein Spießrutenlaufen wurde. Die 60 SA-Leute waren von — sage und schreibe — 68 Polizisten begleitet. Bei einer von den Nazis, die sich unter dem Schutz der Polizei sicher fühlten, provozierten Schlägerei wurden 5 SA-Leute verletzt. Tausende Arbeiter demonstrierten gegen die Faschisten, die vor den proletarischen Massen unter dem Schutze der Polizei flüchteten.

Alle Lügen in neuer Auflage

Neue Welle der Sowjethege in England

Die Antifrowjettkampagne verläuft in England seit Wochen im wesentlichen auf der Linie eines beispiellosen Stromes von Lügen, die die bürgerliche Presse aber angeblich „Sklavensarbeit“ bei der Holzbeschaffung in der Sowjetunion verbreitet.

Diese Lügen sind so ungeheuerlich und so lächerlich — Bezeichnend dafür ist die phantastische Behauptung, daß bei Beladung von neun Holztransportschiffen in Archangelsk 40 000 „Strafgefangene“ beschäftigt wurden —, daß die Labour-Regierung, wenn auch mit der größten Höflichkeit der Tories gegenüber, sich weigern mußte, das von konservativer Seite geforderte Verbot der Einfuhr von Sowjetholz anzuordnen. Sir E. Hilton Young, konservativer Abgeordneter und bekannter Finanzier, stellte sich an die Spitze der Bewegung, die sich zum Ziel setzte, in dieser Angelegenheit einen Druck auf die Regierung auszuüben. Als Grundlage benutzte er, wobei er eine große Geheltnetzei entfaltete, die angeblichen Erklärungen dreier Weisgardisten, die versichern, im vergangenen Mai aus Archangelsk entflohen zu sein. Diese Weisgardisten wollen in einem britischen Schiff, das von Archangelsk nach Aberdeen fuhr, gesteuert sein; der Innenminister Clynes hat ihnen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt und damit die Erlaubnis für ihre Antifrowjetpropaganda erteilt. Die Entdeckung dieser Erlaubnis stellt eine offensichtliche Durchbrechung der „Propagandaklausel“ des Abkommens zwischen Großbritannien und der Sowjetunion dar, die von der Regierung und der bürgerlichen Presse so gern gegen die Sowjetregierung in Anwendung gebracht wird.

Der Brief, mit dem Macdonald als Premierminister den Ausführungen Hilton Youngs antwortete, ist nicht uninteressant. Macdonald erklärt in diesem Briefe, man könne die Einfuhr von Holz aus der Sowjetunion nicht unterbinden, wie Young das fordert, da die „Informationen“, die er eingegeben habe, „den Anforderungen des Gesetzes nicht Genüge leisten“.

Die sowjetfeindlichen konservativen Kriegsheer lassen sich indessen nicht täuschen. Nach dieser Erklärung Macdonalds hat die „Times“ diesem Gegenstand einen Leitartikel gewidmet, der sich durch den offenen und schamlosen Zynismus auszeichnet mit dem er fordert, „eine gründliche und unparteiische Untersuchung der Arbeitsbedingungen in den russischen Konzentrationslagern für Gefangene“ zu veranstalten, um der Einfuhr von Holz aus der Sowjetunion nach Großbritannien „ein sofortiges Ende“ zu machen.

Mit den Führern der Kampagne aus der konservativen Partei stehen die großen skandinavischen und finnischen Holzhändler in enger Verbindung, deren Ziel darin besteht, den während der Kriegszeit eroberten englischen Markt gegen den Angriff des russischen Holzes auf ihr Monopol zu verteidigen. Vor kurzer Zeit wurde, wie „Times“ berichtet, eine norwegische Holzexportvereinigung mit einem Kapital von 1 200 000 Kronen gebildet, um „dem russischen Dumping eine Einheitsfront gegenüberzustellen“.

Inzwischen hat eine bürgerliche humanitäre Organisation, die „Gesellschaft gegen Sklaverei“ ihre Weisheit bekannt gegeben. Die Behauptungen über „Zwangsarbeit“ in der Holzindustrie der Sowjetunion zu „untersuchen“. Diese Mitteilung wurde in der konservativen Presse mit einem wahren Jubel begrüßt. Schließlich haben wir noch die spezielle neue Antifrowjetorganisation, die von den Konservativen als Generalstab für die Leitung der Antifrowjettkampagne und für die Anschaffung der Kriegesflammen gebildet wurde.

An der Spitze dieser Organisation, die sich „Vereinigung zur Verteidigung des Handels (gegen den Sowjetwirtschaftskrieg)“ nennt, steht Lord Bentford. Neben Johnson Hicks, der als Innenminister 1927 für den berühmten Einbruch in der Arcos-Gesellschaft verantwortlich war, finden wir in der Exekutive der neuen Organisation Sir E. Hilton Young und Kommandeur Bellairs, weiter den General Sir Alfred Knox, Abgeordneter der konservativen Partei, der 1919 die britische Militärmission bei Koltchal leitete, sowie auch Herrn Sir Robert Horne, ehemaligen konservativen Minister.

Die Antifrowjettkampagne von 1931 soll offensichtlich die Höchstleistungen des Jahres 1930 auf diesem Gebiet noch überbieten — ein Zeichen der akuten Kriegsgefahr, das nicht widerlegt werden kann.

China im Schmelztopf der verschärften Wirtschaftskrise

Die ersten Sowjets in der Mandschurei

Siegeszug der Roten Armeen in Südjina — Massenverhaftungen in Tjingtan

Peking, 28. Januar. Chinesische Zeitungen berichten, daß rote Truppen in Stärke von mehreren tausend Mann die Stadt Jianshan im Norden der Provinz Kwantung besetzten und die Stadt Jianshan im Südteil der Provinz Kwantung bedrohen.

Zugleich treffen Mitteilungen von der breiten Entfaltung der revolutionären Bewegung in der Mandschurei ein. Die chinesische Presse berichtet, daß in einigen Dörfern des Kreises Wangtu an der koreanischen Grenze die Sowjetmacht aufgerichtet wurde. Das Land, die Gebäude, das Getreide, das Saatgut wurden unter die Bauern verteilt. In diesem Zusammenhang verstärkten die Behörden die Repressalien in der Umgebung von Tjingtan, wo täglich zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden. Vom 18. bis zum 20. Januar wurden 50 Personen verhaftet. Die japanische Polizei, mit Maschinengewehren bewaffnet, durchstreift die Gegend.

Die Zeitung „Schen Sin Shi Bao“ teilt mit, daß am 19. Januar in Mukden zahlreiche Personen wegen Verbreitung kommunistischer Literatur verhaftet wurden, ferner sechs Koreaner und Chinesen, die Mitglieder der Antimperialistischen Liga sind. In vielen Stadtteilen von Charbin wurden kommunistische Aufrufe an die Mauern geschlagen.

Chinesische Zeitungen berichten, daß in Shanghai Untersuchungen gegen eine Gruppe japanischer Kommunisten durchgeführt werden. Diese Gruppe veranstaltete Versammlungen und leitete Demonstrationen mit der Forderung der Zurückziehung der japanischen Truppen aus China. Diese Gruppe betrieb auch unter den japanischen Soldaten Agitation und verbreitete japanische Aufrufe. Die Zeitungen berichten, daß das Anwachsen der kommunistischen Propaganda die japanischen Behörden beunruhigt.

Die Verstärkung der revolutionären Bewegung in der Mandschurei vollzieht sich auf dem Boden der verschärften Krise. In Mukden wurden mehrere große Säbholzfabriken geschlossen.

Mit allen Kräften für die Vorbereitung des internationalen Arbeitslostentages!

Das ungarische Proletariat rüstet zum 25. Februar

Ein Kampfanruf der kommunistischen Partei Ungarns an das ungarische Proletariat

Das Zentralkomitee der K.P. Ungarns richtet an das ungarische Proletariat den folgenden Aufruf:

„Die Zahl der Erwerbslosen ist in Ungarn in den letzten Jahren rapid gewachsen und erreicht gegenwärtig eine dreiviertel Million. Ein großer Teil der im Betrieb stehenden Arbeiter sind auch nur Kurzarbeiter. Da es in Ungarn weder eine staatliche noch eine föderale Erwerbslosenunterstützung gibt, geht die Rabialisierung der Massen in steigendem Tempo weiter.“

Die von der K.P.U. geleiteten kämpferischen Erwerbslosenorganisationen der letzten Wochen haben gezeigt, daß die Erwerbslosen — infolge des wachsenden Einflusses der kommunistischen Partei — immer entschlossener und zielbewußter für ihre Forderungen kämpfen. Die großartigen Barrikadenkämpfe in Budapest am 1. September 1930 waren bereits eine glänzende Tatfache der revolutionären Entschlossenheit der erbitterten Massen.

Die Erwerbslosigkeit ist weiter im Steigen begriffen. Die Bourgeoisie versucht, mit Hilfe der Sozialdemokraten die Unzufriedenheit der erwerbslosen Massen durch „Notaktionen“ zu entwaschen. Das gelingt ihr jedoch nicht, denn die Erwerbs-

losendemonstrationen sind auf der Tagesordnung und die Erwerbslosen bringen unter dem Einfluß und unter der Führung der K.P.U. ihre Forderungen immer lauter in den Straßen zum Ausdruck. Daher trachtet die faschistische Hungerbittatur mit blutigem Terror, Polizeiattaken und Gefängnis die Massen der Erwerbslosen zum Verstummen zu bringen.

Das Z.K. der K.P.U. hält es für seine dringlichste Aufgabe, die Erwerbslosen in den Kampf zu führen. Es organisiert und führt den Kampf der Erwerbslosen und schließt sich der internationalen revolutionären Aktion gegen die Erwerbslosigkeit am 25. Februar an. Die K.P.U. wird an diesem Tage die Erwerbslosen zum Kampf führen:

Für staatliche Erwerbslosenunterstützung zu Lasten der Kapitalisten, für Erlassung der Mieten und gegen die Ermittlungen, für unentgeltliche Belieferung der Haushaltungen von Erwerbslosen mit Gas und Elektrizität, freie Straßenbahnfahrt usw., für den Siebenstundentag, für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, gegen die faschistische Hungerbittatur.

Am 25. Februar wird die revolutionäre Arbeiterkraft Ungarns in der Aktion gegen die Erwerbslosigkeit mit dem ganzen internationalen Proletariat gemeinsam kämpfen.“

In den litauischen Kasematten

500 politische Gefangene im Hungerstreik

Massendemonstration vor dem Zuchthaus Romno

Romno, 28. Januar. (Fig. Ber.) Der seit dem 15. Januar andauernde Hungerstreik der politischen Gefangenen in den Nordzellen von Romno, Schanzen, Helmerge und anderen Zuchthäusern gegen die grauenhaften Zustände in den Kasematten des litauischen Faschismus hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Insgesamt befinden sich jetzt 500 politische Gefangene im Hungerstreik.

Vor dem Romnower Zuchthaus fand eine gewaltige Demonstration der Romnower Arbeiterschaft unter Führung der verbotenen kommunistischen Partei statt. An der Spitze der

Demonstration marschierte eine Arbeiterin mit roter Fahne. Sie wurde verhaftet und sofort ins Zuchthaus gebracht. Auch nicht-kommunistische eingelernte Arbeiter sind dem Hungerstreik beigetreten.

Die Berliner roten Studenten haben ein Protesttelegramm gegen die Mißhandlung revolutionärer Studenten und Arbeiter in Litauen abgesandt und die Deutsche Liga für Menschenrechte richtete an den Staatspräsidenten Smetona ein Protesttelegramm.

Die Massenolidarität des Weltproletariats muß den eingelernten Brüdern in den Kertern des litauischen Faschismus helfen, den unter so ungeheuren Opfern geführten Hungerstreik siegreich zu beenden.

Gewidmet alle angenommenen Protestresolutionen und Telegramme an die litauische Regierung und den Zentralvorstand der Roten Hilfe, Berlin, Dorosteenstraße 77/78.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

22. Fortsetzung.

Die zahlreichen Druck-Erzeugnisse des Yamato-Koban-Verlags, die unterschiedlichen Unterhaltungszeitschriften, Bücher und Lehrbücher, zusammen zwanzig Prozent der gesamten japanischen Buchproduktion, wurden alle von der Daibo-Druckerei gedruckt. Die Aktien der Daibo-Druckerei erfahnen ein Kapital von 10 Millionen Yen und konnten nur durch diese großen Kunden ihren Kurs auf einer bestimmten Höhe halten. Katis in Amerika und Kuntio in Japan: alle Zeitungen brachten die Porträts der beiden Bühnenkönige auf ihren Titelseiten. Aber die Streiks, diese internationale Mode, begannen diesen Fußball internationaler Größe zu quälen. „Treue und Pflicht“ und Tapferkeit im ganzen Land, mit diesen zwei Parolen hatte er während der ganzen Epoche seiner Kämpfe, von der Kolportagezeit bis auf diesen Tag, alle Hindernisse niedergeworfen — aber diese internationale Mode auszutüfeln, reichten seine Mittel nicht aus. Er hatte versucht, mit seiner Idee „dem Vaterland dienen mit Zeitschriften“ diese internationale Mode zu schlagen; dafür wurde in seinen fünf Millionen Zeitschriften Monat für Monat von Kassetreue, von Kusunoki-Matsufusa, einem alten kaiserlichen Ritter, und von Fleiß und Treue des Weissen Kinomija Sontoku gepredigt. Aber diese internationale Mode verbreitete sich immer mehr, und in diesem Streik stellte sie einen Dauerrekord auf, der alles Dagewesene übertraf. Sie hatte einen Maßstab angenommen, der ihn noch übertraf, als wenn seine zwei Söhne an Typhus erkrankt wären.

Eine ganze Reihe Druckmaschinen kam zu spät heraus und schon manche Nummer mußte ausfallen. Wohl hatte er das meiste an kleineren Druckereien bestellt, aber alle zusammen hatten keine so große Produktionsfähigkeit wie Daibo.

„Wollen Sie nicht selbst eine Druckerei einrichten?“ sagte Jansaufand Matsumoto, der Direktor der „Damenuwelt“. „Sie sind doch anders gestellt als wir, und wenn man so viel zu drucken hat wie Sie, wäre das doch rentabler.“

In der Tat hatte er recht. Kuntio, der viele Aktien und Anteile von Druckereien besaß, hatte schon oft an derartige Unternehmungen gedacht, aber er war klüger und wußte genau, daß Arbeiter nicht so gehorsam sind wie die Redakteure und Korrespondenten seiner Gesellschaft. Er traute sich nicht, seine berüchtigte Gerissenheit gegenüber den Angestellten auch an den Arbeitern zu versuchen.

„Nein, ausgeschlossen, ich bin zu unbedeutend und habe auch nicht genug Kapital dafür.“

Der Fußball schob mit der Bescheidenheit einer Frau seinen etwas verrückten Heiligenscheitel wieder hoch.

Da öffnete ein Diener die Tür, kniete auf der Schwelle nieder:

„Herr Inoshita, ein Telefonanruf für Sie.“

„Endlich kommt es.“

Inoshita stand heiter auf, alle glaubten, es sei die Antwort der Daibo-Druckerei, und alle Herzen erhoben sich einmütig zu einem Gebet um eine ihnen glückliche Lösung.

Für die Verleger war es besser, wenn dieser Streik Jansaufens beigelegt — für die Druckereibesitzer, wenn die Lösung schleuniger und der Streik fortwähren würde. Hinter diesen gegenwärtigen Interessen kämpften die Druckereibesitzer mit allen Tricks, sich jetzt die Kunden einander abzugewinnen, und ganz im Hintergrunde dieses Streiks gab es geheime Kämpfe im Druckereibesitzerverband; sie wurden geleitet vom Finanzblock, der gegen Olawa gerichtet war.

Inoshita kam mit einem beunruhigten Gesicht in den Saal und sagte eilig:

„Baron Shibufusa hat mich eben angerufen, ich soll sofort zu ihm kommen, ich verstehe das nicht.“

Er ging zum Fußball und verabschiedete sich:

„Entschuldigen Sie, daß ich auf eine Stunde fortgehe. Wenn Sie einen Wunsch haben, rufen Sie mich bitte im Zimmer 85 im Dai-ishi-Sogo-Building an.“

Der Abgeordnete war aufgeregt, Shibufusa war sein Meister. Er sprang in seinen vor der Haustür stehenden Parkab.

In schwankenden Wagen dachte er darüber nach, was Shibufusas Sekretär gesagt hatte. — Der junge Baron war sehr

böse; er sagte, das sei recht blödsinnig von Inoshita, er hätte ihn für klüger gehalten. Ich halte es für richtiger, wenn Sie sofort zu ihm kommen und seine Laune beruhigen.“

Das Auto fuhr über die Edojama-Bridge, unter dem Koban-Abhang am Graben des kaiserlichen Schlosses entlang bis zum siebten Stock hohen Dai-ishi-Sogo-Building.

Er bemerkte gar nicht, daß ein Motorrad ihm den ganzen Weg bis hierher gefolgt war und dann in der Richtung auf den Bahnhof Tokio verschwand.

Natürlich hatte er keine Ahnung, daß seine Autonummer 5-713 immer, auch wenn er nicht schneller als die polizeilich zugelassene Höchstgeschwindigkeit fuhr, von einem Motorrad verfolgt wurde. Und am wenigsten konnte er ahnen, daß gerade die Streikenden, die er so gut einzuseifen gedachte, über eine Organisation verfügten, die ihn ständig beobachtete.

II

Das Haus am Behndamm

Der Thronfolger der Familie Shibufusa war ein jugendlicher Parlamentsabgeordneter und als fortschrittlicher Denker bekannt. Durch seine demokratische Art und die exakten Kenntnisse, die er auf der Universität Cambridge erworben hatte, war es ihm gelungen, die merkwürdige Blume „zeitlicher“ Adam Smithscher Theorien auf den spröden, alten Boden väterlicher Tradition zu verpflanzen. Wenn es die drei Mutterfabriken Tojo-Textilfabrik, Matsufusa-Colomotionwerk und Tokio-Mechanismenfabrik nicht gegeben hätte, würde der Arbeitsbereich der Wohlfahrtsabteilung beim japanischen Innenministerium noch kläglicher und die Forderung des internationalen Arbeitsamtes nach Aufhebung der Ausnahmegeetze für Japan noch „energischer“ ausgefallen sein.

Aber dieses junge Reichstagsmitglied des „neuen Japan“ war an diesem Morgen recht milde und schmeichelhafter Laune, weil es nach dem gestrigen Autoausflug ganz gegen seine sonstigen Gentleman-Gesplogheiten in einer Musik-hall etwas reichlich gesündigt hatte.

„Rufen Sie bitte Herrn Inoshita!“ befahl er einem Wagen und nahm die Visitenkarte Inoshitas, die seit einer guten Stunde, während der er mit drei Herren verhandelt hatte, auf seinem Schreibtisch lag.

„Rufen Sie bitte Blag, entschuldigen Sie, daß ich Sie so lange warten lassen mußte.“

(Fortsetzung folgt)

Rund um den Erdball

Die 16 jährige Angeklagte Luise Neumann berichtet von ihrer Mordtat

Der Mord an dem Uhrmacher Ulbricht vor dem Schwurgericht

Drei jugendliche Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung vor der Verurteilung

Im großen Schwurgerichtssaal des Berliner Landgerichts begann gestern der Prozeß gegen die 16 Jahre alte Luise Neumann und die 20 Jahre alten Arbeiter Richard Stolpe und Benziger. Die Anklage lautet auf gemeinschaftlichen Raubmord. In den Gängen des Schwurgerichtssaals, auf der Straße drängen sich die Menschen, schubsen und stoßen sich, jeder möchte Zeuge des Sensationsprozesses sein. Drei jugendliche Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung, die feillich haltlose junge Menschen erst zum Verbrechen treibt, die durch Hunger, Not und Elend in den darbenenden Jugendlichen die Sehnsucht nach einem sorgenlosen Leben weckt, stehen hinter den Schranken.

Die Angeklagten

Kurz nach 9 Uhr beginnt die Verhandlung unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmidt. Das Photographieren und Zeichnen der Angeklagten verbietet der Vorsitzende. Er hält es für notwendig, die Presse um eine zurückhaltende Berichterstattung zu ersuchen. Bei der perversten Luft, mit der sich manche bürgerlichen Zeitungen auf diesen Fall stürzen, eine begründete Ermahnung.

Luise Neumann betritt den Gerichtssaal, sieht sich scheu um und wird auf ihren Platz geführt. Alle Augen richten sich auf dem dichtgefüllten Saal auf das junge Mädchen. Sie fängt an zu weinen. In zwei Monaten erwartet sie ein Kind. Mit 15 Jahren wurde sie von ihrem Freund und Mitangeklagten Benziger geschwängert.

Der Angeklagte Stolpe möchte sich am liebsten unsichtbar machen. Er verkriecht sich hinter der Barriere vor der Anklagebank und fängt auch an zu weinen. Der blonde Benziger ist ruhig und gefaßt.

Zusammenstoß zwischen Verteidiger und Richter

Gleich zu Beginn der Verhandlung kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen den Verteidigern und dem Vorsitzenden.

Der Rechtsanwalt Dr. Sidne Mendel, der Verteidiger des Angeklagten Stolpe, verlangt in einem Beweisantrag die Ladung des Landgerichtsrats Dr. Becker, der Leiterin der Jugendfürsorge, Fräulein Hafel und der Leiterin der Sozialen Gerichtshilfe, Fräulein Meyer, als Zeugen. Durch den Beweisantrag soll festgestellt werden, daß Landgerichtsrat Becker den Angeklagten Stolpe untorrekt über keine Tat vernommen habe. Der gleiche Vorwurf, wird Fräulein Hafel und Fräulein Meyer gemacht. Der Verteidiger bezeichnet diese Vorgänge als ungesetzlich.

Rechtsanwalt Dr. Reimold wendet sich als Verteidiger des Benziger gegen die Anwesenheit der Luise Neumann im Gerichtssaal, während der Vernehmung der Angeklagten Stolpe und Benziger. Er begründet seinen Antrag damit, daß Luise Neumann nicht weniger als sieben Mal ihre Aussagen gewechselt habe.

Justizrat Davidsohn wendet sich gegen die Anträge Dr. Mendels und Dr. Reimolds. Nach einem nochmaligen Disput stellt das Gericht den Antrag auf getrennte Vernehmung der Angeklagten zurück, gibt aber dem Beweisantrag des Rechtsanwalts Mendel statt.

Benziger schildert die Tat

Der Angeklagte Benziger wird aufgerufen. Er ist klein, unterseht, seine Züge kindlich-naiv. Er spricht, als wenn ihm die ganze Sache wenig angeht.

Vorsitzender: Was haben Sie dazu zu sagen?

Benziger: Am 27. Oktober traf ich Stolpe auf der Straße. Er erzählte mir, daß Lieschen Neumann bei Ulbricht war, da wäre viel Geld zu holen. Er sagte mir weiter: Wir schafften Ulbricht bei Seite, und ich erwürgte ihn.

„Seid ihr's“

Die Unterredung wurde in der Wohnung fortgesetzt, Lieschen Neumann kam dann hinzu. Bedenken, die austauschten, zerstreute Lieschen mit der Bemerkung: „Bei den 50 Wädelbekanntschäften, die Ulbricht hat, kann es ja doch nicht herauskommen.“

Der Angeklagte schilderte dann die Vorgänge am Abend der Tat. Gegen 10 Uhr drangen sie in den Laden ein. Benziger stieß gegen ein Grammophon, dann fiel eine Kasse herunter. Lieschen Neumann, die bei Ulbricht hinter dem Ber-

schlag schlief, hatte beide kommen hören. Stolpe stieß gegen einen Wäschekorb, der Uhrmacher Ulbricht wachte auf, griff nach der Lampe und stieß dabei gegen Benziger. Benziger schrie vor Schreck auf.

Stolpe sprang zu und erwürgte Ulbricht. Der ganze Vorgang dauerte zehn Minuten.

Nach der Tat durchwühlten die Jugendlichen das Zimmer, erbeuteten 20 Mark, einige Uhren und Schmuckstücke. In einem Restaurant aßen sie sich satt.

Der Angeklagte schildert dann auf Befragen des Vorsitzenden, wie sie verhaftet wurden. Die Gendarmen trafen die beiden, Stolpe und Benziger, auf der Landstraße, unweit von Stargard. Auf die Frage der Gendarmen: „Seid Ihr's?“, antworteten die beiden: „Ja, wir sind es!“

Lieschen Neumanns Aussagen

Lieschen Neumann wird vernommen. Das Gesicht, vor Erregung gerötet, mit dunklen Rändern um den Augen, das Haar gleichgültig gekämmt, erhebt sie sich von der Anklagebank und kann in den ersten Minuten kein Wort sprechen. Nachdem

sie sich gesammelt hat, erzählt sie ausführlich die ganzen Begleitumstände der Tat und die Tat selbst.

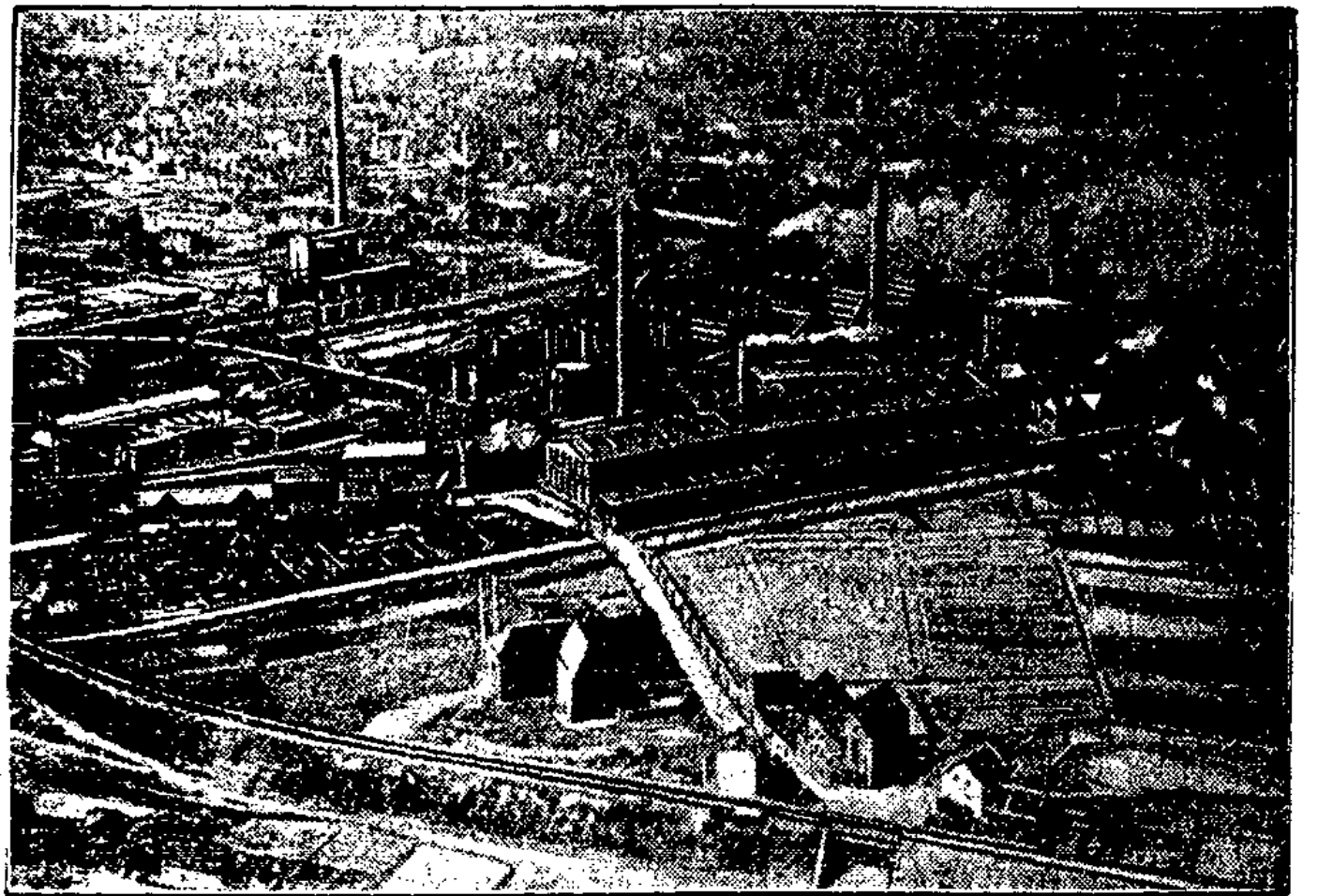
Mit 14 Jahren, kurz nach ihrer Schulentlassung, hatte sie Stolpe kennengelernt. Er war in einem Fußballverein, und sie begleitete ihn, wenn er des Sonntags auf den Fußballplatz ging. Dort lernte sie seinen Freund Erich Benziger kennen. Durch eine Freundin lernte sie den Uhrmacher Ulbricht kennen und ging des öfteren zu ihm, um sich photographieren zu lassen. Für das Modestücken gab ihr Ulbricht einige Male Geld. Hatte sie in der Voruntersuchung angegeben, mit Ulbricht geschlechtlich verkehrt zu haben, so bestritt sie dies heute entschieden und behauptet, sie hätte diese Aussage auf Wunsch ihres Bräutigams Richard gemacht.

Durch Zufall erfuhr Richard Stolpe, daß seine Braut dem Uhrmacher für Nachtaufnahmen Modell stand. Zuerst darüber wütend, benutzte er dies später zu Erpressungen. Mit seinem Freund Willi Wolf ging er zu dem Uhrmacher, stellte sich als der Bräutigam von Lieschen vor, zwang ihn, durch die Drohung mit Anzeige, Geld herauszugeben. 80 bis 100 Mark sollen sie dadurch erpreßt haben.

Verhandlung wurde auf Freitag vertagt.

7000 Mann aufs Pflaster oder 20 Prozent Lohnabbau

Unser Bild zeigt die Anlagen der Vereinigten Stahlwerke AG. in Ruhrort-Meiderich. Die Scharfmacher haben den Antrag gestellt, das Werk stillzulegen oder von der 7000 Mann starken Belegschaft nur noch 4500 bei einem 20prozentigen Gehalts- u. Lohnabbau weiter zu beschäftigen. Unter der Führung der RGO. werden sich die Arbeiter gegen das Ansinnen der Unternehmer zur Wehr setzen.



Schwimmende Milliardärkneipe für USA. vom Stapel gelaufen

20 Millionen Mark für eine Luxusjacht

Fern von der Prohibitionspolizei können die Dollarfürsten nun ungeflört ihre Orgien feiern

Hamburg, 28. Januar. Auf einer hiesigen Werft wird in den nächsten Tagen eine Jacht fertiggestellt, die im Auftrage amerikanischer Geldfürsten gebaut wurde, um in USA. als schwimmende Milliardärkneipe außerhalb der Prohibitionsperzone ständig zu kreuzen.

Diese Luxusjacht, etwa 5000 Tonnen groß, hat die Riesensumme von etwa 20 Millionen Mark an Baukosten verschlungen. Um dem Schiff eine große Geschwindigkeit zu geben, erfolgt der Antrieb mit Dampf aus ölgeheizten Kesseln.

Die Neuporfer Lebenswelt, die unbekümmert um das täglich steigende Elend in dieser Riesengestalt nach immer raffinierteren Lebensgenüssen giert, hat es satt, ihren hemmungslosen Amüsierbetrieb durch die riesigen Besteuerungsgelder an die Prohibitionsagenten zu belasten. Sie will ungeflört und in aller Ruhe ihre Orgien feiern können. Der sinnigste der smarten Yankees ist nun auf die Idee gekommen, 20 Millionen Mark in den Bau einer schwimmenden Milliardärkneipe zu investieren, die vor den trodengelagten Toren von USA. ihre gastlichen Pforten öffnen soll.

Am Spätnachmittag sollen die zahlungskraftigen Gäste innerhalb der Sperrzone zu einer „Spazierfahrt“ an Bord genommen werden. Mit Vollampf geht es dann hinaus über die Grenze, wo das Schiff vor Anker geht und ungeflört die tollsten Orgien beginnen können.

Was schert es diese verrotteten und moralisch verkommenen Profitthünen, daß der Würger Hunger täglich mehr Opfer unter den 8 Millionen erwerbslosen Proleten fordert!? Beruhigt in dem Gefühl, daß fast kein Schußmann, kein Richter, kein Staatsanwalt, kein Politiker, kein Wissenschaftler, kein Pfaffe und keine Zeitung es in diesem Lande der unüberdickbaren Heuchelei wagt, die verfaulende herrschende Klasse zu geißeln, taumeln sie mit Hilfe des aus den Proleten herausgehundenen Geldes von einem Vergnügen zum andern. Und zur eine Nacht kann auch in Amerika dieser egoistischen Bar-

barci kapitalistischer Parasiten ein Ende machen: das ist die revolutionäre Arbeiterschaft! Erinnert euch immer wieder daran, wie es die russischen Arbeiter und Bauern mit ihren früher in Paris und Nizza prassenden Blutfaugern gemacht haben!

Lawinenglück in Italien

13 mussolinische Alpenjäger beim Soldatenspielen umgekommen

Turin, 28. Januar. Von einer Lawine überrascht, wurde eine Abteilung italienischer Alpenjäger, bei einer militärischen Übung in der Nähe des Alpenortes Bardonechia, unweit des Monte Tabor, etwa 80 Kilometer westlich von Turin, 13 Alpenjäger wurden verschüttet und erstickten, bevor Hilfe gebracht werden konnte.

Die Kompanie veranstaltete in den Cottischen Alpen militärische Übungen. Als die zurückgebliebenen Truppen ohne Nachricht über den Verbleib der Kompanie waren, schickten sie eine Rettungskolonie von 13 Mann aus. In einer Höhe von über 2000 Metern wurde diese Kolonne von einer Lawine überrascht und zerstört. Eine neue Expedition, die ausgesandt wurde, erreichte nach großen Mühen die Unglücksstelle, doch gelang es ihr nur, 3 Soldaten als Leichen zu bergen. Die noch fehlenden 10 Soldaten liegen verschüttet unter den Schneemassen.

Berwegener Postraub bei Oppeln

Zwischen Zlawitz und Halbendorf, wurde am Dienstagabend, ein auf der Rückfahrt nach Oppeln befindliches Postauto, von drei bewaffneten Masteilern überfallen, die den Führer zwangen, das Auto in ein 100 Meter entferntes Wäldchen zu fahren. Dort fesselten sie den Führer und die zwei Fahrgäste und beraubten alle Postfäde. Ihre Beute dürfte schätzungsweise 10000 Mark betragen. Sie entliefen dann unerkannt.

Güterzug überrennt Straßenbahn

2 Todesopfer — 5 lebensgefährlich Verletzte

Paris, 28. Januar. Am Dienstagabend, fuhr in einem Augenblick von Marseille, ein Güterzug bei der Ausfahrt aus einem Tunnel, gegen einen die Gleise kreuzenden Straßenbahnwagen, der dabei vollständig zerstört wurde. Zwei Fahrgäste wurden auf der Stelle getötet, während fünf andere lebensgefährlich Verletzte davontrugen.

Erdstöß in Oberitalien

In Hindenburg wurde am Dienstag vormittag ein heftiger Erdstöß wahrgenommen. Auch in den Bezirken von Hindenburg wurde die Erschütterung deutlich verspürt. Die Annahme, daß auf der Konsoledagrube eine Stredde zu Bruch gegangen sei, erwies sich glücklicherweise als Irrtum.

Unsere Antwort an Goebbels

Heute, 20 Uhr, im Schießwerder spricht Genosse Ernst Wollweber, M. d. L.

Eintritt: Vollarbeiter 30 Pf. Erwerblose 20 Pf.

Der Kampfbund gegen den Faschismus fordert alle Werktätigen von Breslau auf, zahlreich zu erscheinen und die Antwort auf das verlogene Referat von Goebbels zu erteilen. Die Nazi-Führer sind zur Diskussion aufgefordert.

Mit der Zeitung von Haus zu Haus

A. N. Am Sonntag ist Haus- und Hofpropaganda. Stöße von Zeitungen liegen bereit. Ein Genosse nach dem andern nimmt seinen Anteil in Empfang und geht in der Richtung nach den ihm zugewiesenen Straßen. Nun bin ich an der Reihe. Ich nehme einen Pack Zeitungen unter den Arm und los geht es in die ... gasse. Es finden meistens Frauen. Dem Ruf „Herein!“ antwortet das „Bitte, die „Arbeiter-Zeitung“! Einige Frauen fragen zuerst den Mann, ob sie eine Zeitung kaufen sollen. Er entscheidet: „Ja!“ In verschiedenen Wohnungen bekommt man zur Antwort: „Gerne, aber leider kein Geld!“ In einer Familie waren gerade sieben Pfennige vorhanden. In allen Taschen werden die fehlenden drei gesucht und gefunden. So hängen die Arbeiter an ihrer Zeitung. So mancher, der zuerst absieht, läuft dann ein paar Treppen nach, um doch eine Zeitung zu kaufen. Verschiedene stehen noch abseits, sind stupide, ja es gibt auch solche, die einem die Tür vor der Nase zuschlagen. Meine Zeitungen waren bald ausverkauft. So Sonntag für Sonntag, Tag für Tag, wir fordern den Boden auf! Trotz aller Schwierigkeiten, die „Arbeiter-Zeitung“ gehört in jede Arbeiterwohnung, gehört auch in die Hand des kleinen Gewerbetreibenden und Geschäftsmannes!

Wird so eine schwangere Frau behandelt?

Zu dem Fall Ließ wird uns von der Mutter der schwangeren Frau mitgeteilt, daß die Frau, in der Hoffnung einen Befehlshaber zu erhalten, 8 Tage lang vom Bezirksvorsteher zum Pfleger und vom Pfleger wieder zurückgeschickt wurde. Erst als es ihr zu bunt wurde, hat ihr Mann den Befehlshaber auf dem Wohlfahrtsamt verlangt und auch erhalten. Es ist eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen, eine schwangere Frau unnötige Wege laufen zu lassen.

Marxistische Arbeiterschule

Heute Donnerstag im „Zentralballsaal“, Westendstraße 52, „Die politischen Grundlehren des Marxismus“.

Sonntagabend 18 Uhr Treffpunkt Endstation der Linie 2, Kaiser-Wilhelmstraße, zur Besichtigung des Observatoriums in Kriekern. Eintrittspreis 40 Pf.

Achtung, Haase-Brauereiarbeiter!

Am heutigen Donnerstag, um 10.30 Uhr, bei Zondlid, Köhlerstraße 10, Betriebsversammlung. Stellungnahme zu der kommenden Betriebsratswahl. Erscheint zahlreich. Es gilt, unter Führung der RBD, an die Spitze der Belegschaft einen roten Klassenbewussten Betriebsrat zu setzen!

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende November 1930 auf 416 126 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende Dezember 1930 nach der „Fortführung“ (zum Anfangsbestand werden die Geborenen und Zugezogenen hinzugezählt, während die Gestorbenen und Fortgezogenen davon abgerechnet werden) des Städtischen Statistischen Amtes 617 057. Geborene wurden 750, Gestorbene 747 gemeldet, mithin ergibt sich ein Uberschuß an Geborenen von 3. Die Zahl der Zugezogenen belief sich auf 2581, die der Fortgezogenen auf 1953, woraus sich ein Wanderungsgewinn von 628 errechnet. Zusammen mit dem Uberschuß der Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Zunahme der Bevölkerung gegen Ende November 1930 um 631 Köpfe.

Die neue Tabaksteuererhöhung „abgelehnt“. Am 27. Januar, gegen mittag, wurde von einem Diebe in der Herzogstraße von einem Fahrrad ein Karton mit Zigaretten und Tabak gestohlen. In dem Karton befanden sich 700 Zigaretten Marke Gudehof, 650 Marke Opa, 650 Marke Erste, 100 Marke Solom und 21 Päckchen Tabak Brinkmann Stolz. Das Fahrrad ist später als gefunden abgegeben worden, während die Raucherlachen schlotzen. Der Täter ist unbekannt.

Freidenkereröffnung! Montag, den 2. Februar, 20 Uhr, findet eine wichtige Freidenker-Fraktionsitzung, Freiheitsgasse 2, II, statt. Alle Parteigenossen, die im Freidenkerverband sind, sowie zwei Vertreter aus jedem Stadtteil müssen anwesend sein.

„Capitol“. „Kommt zu mir zum Rendezvous!“ Wieder eine Filmoperette! Man muß sich wundern, mit welcher Hartnäckigkeit die Filmindustrie diese Gattung zu Tode hehrt. Was zuerst als Experiment noch interessant war, wird jetzt Woche um Woche dem Publikum aufs neue vorgesetzt. Wenn sich dann die Kinobesucher allmählich an diesem flauen Filmbrei den Magen verderben, weil ja niemand dauernd dasselbe zu sich nehmen kann, wird die Industrie auch wieder ganz erstaunt tun, woher die Tonfilmunfähigkeit des Publikums kommt. Diese Zeit scheint gar nicht mehr so fern zu sein. Trotzdem kann man zugestehen, daß dieser Film sauber gemacht ist, auch sind die Dialoge nicht gar so albern wie in den meisten Filmpopretten. Von den Darstellern besonders bemerkenswert Ralph Arthur Roberts, Walter Rilla und Fritz Schulz. — Regie: Karl Boese. Im Beiprogramm ein Kulturfilm „Merkmale der Fische“, die Capitol-Bochenschau mit allzuviel Reichs-Ordnungszauber und eine Tonfilmoperette mit dem Geigenvirtuosen Herbert Spalding.

Sind Jungarbeiter Freiwild?

Brutaler Polizeiüberfall auf revolutionäre Jungarbeiter am Venderplatz

Gestern Abend fand der Generalappell der revolutionären Jugend Breslaus statt. Beim Abmarsch nach dem Versammlungsort sammelten sich die Jugendgenossen vom Norden, und da das Demonstrieren verboten ist, marschierten sie in losen Gruppen zu zwei und drei auf dem Bürgersteig und sangen ein proletarisches Lied. Dieser Umstand war für die Polizeibeamten am Venderplatz Anlaß genug, um einen brutalen Überfall auf die Jungarbeiter auszuführen. Die nichtschnehenden Jungarbeiter wurden durch den Ruf: „Wollt ihr nicht rennen!“ zum Laufen aufgefordert. Einige von den Jungarbeitern leisteten der Aufforderung nicht sofort Folge und wurden in einer geradezu unmenschlichen Art mit dem Gummiknüppel bearbeitet. Unter den Mißhandelten befindet sich der Jungarbeiter E., der infolge einer Krankheit nicht rennen kann. Obwohl er das dem Beamten sofort mitteilte, wurde er trotzdem mit dem Gummiknüppel in der brutalsten Weise geschlagen.

Neuer Streich der Breslauer Staatsanwaltschaft gegen die „N.S.“

Sozialdemokratie und Nazis sind geschädigte Parteien

x. Die Staatsanwaltschaft hat gegen Kasimir Sublimer ein neues Beleidigungsverfahren eingeleitet, und zwar soll das „Verbrechen“ durch das Gedicht „Brünnings brave Fridoline“ in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 6./7. Dezember begangen worden sein. Das Gedicht hat zwei namhaften Breslauer Juristen vorgelesen, die sich die größte Mühe gegeben haben, beleidigende Stellen in dem Gedicht zu finden, was ihnen aber trotz aufmerksamen Studiums nicht gelungen ist. Wir waren schon geneigt, das Verfahren für ein Versehen zu halten, da brachte inzwischen die Vernehmung Sublimers vor dem Ermittlungsrichter Aufklärung darüber, daß nach Auffassung der Staatsanwaltschaft nicht nur eine simple öffentliche Beleidigung, sondern sogar ein Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze der Republik vorliegt. Das ist nun doch wirklich noch nicht dagewesen! Jeder NS-Schütze kann schon aus der Ueberschrift sehen, daß sich die Tendenz des Gedichtes gegen die Parteien wendet, die Brünnings stützen, und im Gedicht selbst kommt ganz eindeutig zum Ausdruck, daß mit „Brünnings brave Fridoline“ die SPD und Nazis gemeint sind. Der Breslauer Staatsanwaltschaft blieb es vorbehalten, in das Gedicht eine ganz andere Tendenz hineinzuheimlichen. Allerdings vermochte auch der Ermittlungsrichter nicht anzugeben, welche einzelnen Gedichtstellen der Staatsanwaltschaft „antidämonisch“ erscheinen, so daß wir immer noch nicht wissen, wer sich durch das Gedicht beleidigt fühlen kann. Weder richtet es sich ja gegen die Staatsform noch gegen ein Mitglied der Regierung, so daß man zu dem einzig möglichen Schluß gelangen muß, auch die Sozialdemokratische und die Nazi-Partei sind nunmehr nach der Auffassung der Breslauer Staatsanwaltschaft durch das Verbrechen „geschädigt“.

Auf wie schwachen Füßen dieses neue Verfahren steht, sieht man schon daraus, daß dasselbe Gedicht in fünf anderen kommunistischen Blättern im Reich, unbeanstandet gedruckt worden ist, obwohl natürlich auch in diesen Städten die kommunistische Presse von der Staatsanwaltschaft mit der gleichen Aufmerksamkeit gelesen wird wie in Breslau. Denn bekanntlich sitzen ja nicht nur die Genossen Dombrowski und Thomas in den Kreislern der Republik, in der laut Verfassung jeder Deutsche das Recht hat, in Wort und Schrift seine Meinung zu sagen, sondern außer ihnen noch 63 Redakteure unserer Brudersblätter im Reich.

Es ist doch nun wirklich sehr sonderbar, daß in Breslau ein Gedicht gegen das Republikengesetz verfaßt worden soll, während dasselbe Gedicht im übrigen Reichsgebiet gedruckt werden darf. Existieren denn für den Breslauer Staatsanwalt besondere Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz? Jedenfalls steht fest, daß dieses neue Verfahren gegen die „Arbeiter-Zeitung“ völlig willkürlich in Gang gebracht worden ist. Die Breslauer Staatsanwaltschaft scheint sich schon jetzt im Sinne des „Dritten Reiches“ zu betätigen. Von einer Staatsanwaltschaft, die als einzige in der ganzen Welt in dem unsterblichen „Soldaten Schwanz“ von Jaroslaw Hajek „Unzüchtigkeit“ witterte und deswegen ein Verfahren anstrengte, darf man ja dann in dieser Hinsicht für die Zukunft noch allerbald erwarten.

Klassenjustiz in Namslau am Werk

Massenprozesse gegen revolutionäre Arbeiter

In Namslau spielen sich um die Zeit des 11. September 1930 folgende Dinge ab: Der nationalsozialistische Kaufmann Otto Plynast, am Ringe, hatte an seinem Hause Nazitransparente und eine Patentkassenscheine angebracht. Die empörte Arbeiterschaft verlangte am Sonnabend vor dem Wahltag förmlich die Entfernung der Nazitransparente. Da die Nationalsozialisten nicht sofort nachgeben wollten, kam die Polizei ihnen zu Hilfe. Nun soll gegen eine ganze Reihe von Namslauer Arbeitern ein Prozeß wegen „Landfriedensbruch“ ufm. stattfinden. Angeklagt sind die Arbeiter: Dittmann, Sulek, Prek, Machowski, Danusa, Giernoth, Kiodo, Anwandt, Palm, Leschko und Wasjner. Der Prozeß schwebt vor der Oberstaatsanwaltschaft in Dels.

Am 22. September veranstalteten die Arbeiter von Namslau eine Protestkundgebung gegen die Faschisten, wobei es auf dem Ringe zu Reibereien mit dem Stahlhelm kam. Die Polizeibeamten griffen zugunsten der Faschisten ein. Auch wegen dieser Vorfälle hat die Oberstaatsanwaltschaft in Dels einen Prozeß gegen acht Arbeiter (!) eingeleitet.

In beiden Fällen ist die Voruntersuchung abgeschlossen und das Hauptverfahren eingeleitet. Wir werden über den Ausgang der Prozesse berichten. Schon heute sei jedoch der Staatsanwaltschaft gesagt, daß die revolutionären Arbeiter sich nicht einschüchtern lassen. Sie werden trotz der Terrorurteile den Kampf gegen den Faschismus fortsetzen und verschärfen!

Ohlau

Steindorf. Es geht vorwärts. Am vergangenen Sonntag veranstaltete die hiesige Ortsgruppe der SPD. eine Verbeweranstaltung. Die kommunistische Jugend und der Arbeiter-Musikverein aus Briesg hatten ihre Unterstützung zugesagt. Bei ihrer Ankunft formierte sich ein langer Demonstrationsszug durch das Dorf, und so manchem Hitlerjüngling gelten die Rufe der Klassenbewussten Arbeiter in den Ohren. Eine kurze Rede des Genossen Flegel-Brieg über die wirtschaftliche und politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterschaft eröffnete den Verbeteil der Saalveranstaltung. Die politisch-faktischen Darstellungen der Briesger Jungkommunisten wurden mit großem Beifall emp-

genommen, so daß manchmal direkte Ladysalven den Saal erschütterten. Die Musikpelle hielt die in großer Zahl erschienenen Arbeiter mit ihren Frauen noch einige Stunden beisammen. Dieser Tag war ein großer Erfolg für unsere Bewegung. Eine große Anzahl „Arbeiter-Zeitungen“, „Junge Garde“ und „Kampfrufe“ wurde verkauft und für die JMK wurden einige Aufnahmen gemacht.

Neumarkt

Achtung, Parteigenossen! Freitag, den 30. Januar, 10 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokal „Zur Sonne“, bei M. Zerlowsky. Jeder Genosse muß pünktlich erscheinen! Mitgliedsbücher müssen mitgebracht und die rückständigen Beiträge bezahlt werden.

Briefkasten

Notiz über Sammellisten „Kampfbund Nord“ konnte nicht veröffentlicht werden. Bitte im Büro, Freiheitsgasse 2, nachfragen. Dorpmüller hat ein Jahresgehalt von 1/2 Million Mark.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Gansler, Berlin; für den übrigen Teil: Ernst Wollweber, M. d. L., Breslau. — Für Inserate: Carl Gansdorf, Breslau.

Invetur bei Teppich-Martin. Das bekannte Teppichhändler B. Martin, Breslau, Ring 28/28, Eingang Goldener Beyer, welches vor kurzem seine Ladenräume im Parterre abgegeben hat (die Mietersparnis beträgt über 30 000 Mark), hat infolge dieser Spesenverringerung sämtliche Preise bedeutend ermäßigt und verkauft Teppiche, Möbelstoffe, Gardinen, Tisch-, Diwan- und Kissenbezüge jetzt in dem Inventurausverkauf enorm billig! Wer daher Bedarf hat, tut gut, denselben umgehend zu beden, da ihm solch günstige Kaufgelegenheit wohl kaum mehr geboten werden dürfte.

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit



Christ-Brot essen

Internationaler Tag der Arbeiter-Theater

Am Freitag, um 20 Uhr, spielen im „Schießwerder“ die Truppen „Jaul“, „Akte Sturmsfallen“ und „Die Trommler“.

Waldenburger Bergland Sozialfaschistische Bürokratie unter Druck gesetzt

Verwirrungs- und Betrugsmanöver der sozialfaschistischen Lakaien der Grubenbarone

Die Situation im Bergbau spitzt sich nunmehr auch im Waldenburger Gebiet zu. Während wir diese Zeilen schreiben, togen die Inhaber des Schlichtungsstreits oder haben dieselben schon die Anstalten getroffen, den Kumpels den Strick zur Abtreibung um den Hals zu legen.

Dah die Freunde der Dufemänner und Co. die Waldenburger Kumpels genau so zu verraten bereit sind, wie Dufemann die Ruhrkumpels verraten hat, versteht sich von selbst. Sie haben ja ein gut Teil dieses Verrats bereits dadurch geleistet, daß ihre Genossen in den Konsumvereinen durch Fiktivierung von Preistabellen an die Kapitalisten die Unterlagen für den Lohnabbau hergaben. Diese Preistabellen sollen ja „beweisen“, daß die Lebenshaltungskosten gesunken sind, somit auch ein Lohnabbau gerechtfertigt ist.

Darüber hinaus hat die gesamte Bürokratie bisher alles getan, um die Entfremdung eines wirklichen Abwehrwillens nicht aufkommen zu lassen. Sie kennen die Pläne der Grubenbarone auf den Lohnraub, sie wissen weiter, daß neben dem geplanten Lohnabbau auch der Hungerkurs der Brüning-Regierung das Elend unter den Kumpels ins Ungemessene steigern muß, — aber sie schweigen — die Lakaien von Brüning; schweigen unentwegt, soweit es darauf ankommt, wie dieser Verleumdung Einhalt geboten werden kann.

Aber das Schweigen schlägt sofort in lautes Schreien um, sobald sie wahrnehmen, daß trotz ihres Schweigens die Kumpels lebendig werden und sich zum Kampfe bereit machen, weil außer der Gewerkschaftsbürokratie und den Brüning-Sozialisten noch eine RSD. da ist und Kommunisten. Und weil durch deren Arbeit sich eine immer fester formierende Einheitsfront für den Kampf herausbildet, die auch sozialdemokratische Arbeiter erfasst, deshalb eine wüste Hege gegen die RSD. gegen die Kommunisten als die angeblichen „Zersplitterer“.

In der Montag-Nummer der „Dredwacht“ nimmt ein Bürokrat des Bergarbeiterverbandes das Wort, um in einem ellenlangen Artikel mit einem verlogenen Bericht über unsere letzte Funktionärerversammlung den Versuch zu unternehmen, die Geschäfte der Grubenbarone zu bejagen. Aber um eines vorweg zu jagen. Es wird Elfen damit wunden. Der Lieferant des Materials für das Geschmiedere hat zum mindesten in jener Sitzung geschlafen, sonst könnte er nicht Behauptungen aufstellen, für die er einen Beweis nie erbringen könnte.

Den Zweck dieser Lügenbeutelei haben wir bereits angedeutet. Man möchte gar zu gern zerlegend unter der Führung wirken, damit der Welken für die „Befriedungsarbeit“ unter den Kumpels für die Grubenbarone besser gelingen kann. Aber es wird vergebliche Mühe sein; dafür sorgt schon die Tatsache, daß diese Manöver in der „Dredwacht“ vorgenommen werden. Das politische Strauchrittertum, das sich dort austobt, ist längst auch von den sozialdemokratischen Arbeitern erkannt. Wenn sozialdemokratische Funktionäre wegen der „Dredwacht“ angezapft werden, dann rücken sie immer sehr eindeutig von ihr ab.

Selbst bei den bisher sehr treuen „Dredwacht“-Lesern fängt es an zu dämmern, weil sie das Schweigen derselben zu dem Raub an ihren Löhnen als das begreifen, was es wirklich ist, nämlich Dienst an den Grubenbaronen. Und genau so verhält es sich mit dem Schweigen der „Dredwacht“ auf die scharfen, aber durchaus sachlichen Angriffe der RSD. und der SPD. gegenüber der verbrecherischen Politik der SPD. Diese, als das sogenannte „kleinere Übel“ bezeichnete Politik der SPD. wirkt sich direkt verheerend aus, weil auch die sozialdemokratisch eingestellten Proleten einsehen, daß den Nutzen davon nur die Kapitalisten haben. Die Mitglieder laufen ihnen in Scharen davon. Deshalb sind sie gezwungen, durch blöde Verleumdung und faustdicke Lügen unsere Genossen und unsere ganze Bewegung in Mißkredit zu bringen. Aber wie bereits gesagt: Es ist vergebliche Liebesmühe. Die Antwort der Kumpels auf diese Verwirrungs- und Betrugsmanöver muß sein:

Nun erst recht alle Kraft angewandt zur Schaffung der proletarischen, kämpfenden Einheitsfront aller Kumpels! Nun erst recht heran an die Arbeit mit und für die RSD., um unter ihrer Führung alle Geschäfte und Betriebe streikfertig zu machen, weil einzig und allein der Kampf, der Kampf bis zum Neuzerbrechen, das Hungerland Waldenburg und seine ausgebeuteten Kumpels befreien kann.

Sitz der Zentralen Kampfleitung in Waldenburg

im Gasthaus „Zum Edelstein“, Kochiusstraße 21.
Telephon Waldenburg 628.

Achtung, Mieter!

Die Weißsteiner Hausbesitzer wähen sich „Dritten Reich“

Auf Grund der Notverordnungen ist das Reichsmietengesetz wohl bis zum 1. April 1936 verlängert worden, aber der wichtigste Teil, der Paragraph 1, ist gestrichen. Dies machen sich die Herren Hausbesitzer sofort zunutze. Sie wollen der Mieterschaft einen Mietvertrag in der Form von einem Mietbuch beschreiben. Der Inhalt dieses Mietbuches ist aber für die Mieterschaft ungeheuer wichtig, nicht nur für die Weißsteiner Mieterschaft, sondern für alle Mieter, da man versuchen wird, das Mietbuch in allen Orten einzuführen. Was steht das Mietbuch vor? Schon auf der ersten Seite steht, daß in Zukunft nicht mehr die Wohnung allein an den Ehemann, sondern auch an die Ehefrau vermietet wird; das bedeutet, daß im Falle eines unvorhergesehenen wirtschaftlichen Rückschlages (Streik, Maßregelung, Krankheit, Verhütung) sich der Hausbesitzer auch an der Frau schadlos halten kann. Der Paragraph 2, letzter Absatz, heißt: „Wird das Grundstück mit neuen Steuern pp. belastet, so ist der Vermieter leistungsfähig, diese Steuern pp. auf die einzelnen Mieter des Grundstücks im Verhältnis ihrer Miete umzulegen.“ Auch hier ist klar ersichtlich, was die Herrschaften vorhaben. Was jetzt munkte der Hausbesitzer von der

Grund- und Gebäudesteuer 100 Prozent selbst tragen, in Zukunft sollen die 100 Prozent, das sind 4 Prozent der Gesamtmiete, die Mieter bezahlen. Was will der Paragraph 5? Nach diesem Paragraphen muß der Mieter sämtliche Reparaturen selbst ausführen lassen, oder in „angemessener“ Frist warten, bis der Vermieter die Reparatur machen läßt. Wie die „angemessene“ Frist bei manchem Hausbesitzer aussehen wird, das kann sich der Leser selbst ausmalen. In dem Paragraph 9 aber überblicken sich diese Herrschaften selbst. Es heißt da:

Der Mieter erklärt, daß alle die beim Einzuge in die gemieteten Räume einzubringenden Möbel und andere Gegenstände sein Eigentum sind, worüber er frei verfügen kann. Sollten die von dem Mieter über die Eigentumsverhältnisse der von ihm oder seiner Ehefrau in die Mieträume eingebrachten Sachen gemachten Angaben sich als unrichtig herausstellen, oder verschweigt der Mieter, daß die eingebrachten Sachen ganz oder zum Teil nicht sein Eigentum sind, so ist der Vermieter berechtigt, das Mietverhältnis sofort mit

einer Frist von einer Woche zu kündigen und nach Ablauf dieser Frist aufzubrechen.

Die Vorstehenden des Hausbesitzervereins sind wirklich gefährliche Schläger von Dillier und Brüning. Diese Leute, die nicht genug sind, ihre schlechte Lage, die wir bei einzelnen nicht verlernen, schreiben können, dieselben Leute muten der Mieterschaft zu, daß jeder Mieter erst den „Bemögensnachweis“ erbringen soll, ehe er die Wohnung beziehen kann. Da heute ein großer Prozentsatz der Arbeiter einen solchen Nachweis nicht erbringen kann, bedeutet dieser Paragraph nichts anderes als die völlige Auslieferung der Mieter an die Gnade der Hausbesitzer. Man will sich eben den gestrichenen Paragraph 1 des Mietbuchgesetzes zunutze machen, mit jedem Mieter einzeln einen Vertrag abschließen und sich so das Anrecht auf das Eigentum des Mieters sichern.

Abgeschlossen wird der Vertrag mit einem Paragraph 13, in dem es heißt:

Der Mieter erkennt ausdrücklich an, vorstehenden Vertrag und die Hausordnung durchgelesen zu haben und mit allen darin enthaltenen Bestimmungen einverstanden zu sein.

Also der Mieter braucht sich nicht erst der Mühe unterziehen, und diesen famosen Vertrag zu unterschreiben; für diese Herrschaften genügt es vollkommen, mit irgendeinem schönen Worte dem Mieter das Buch anzuschüttern.

Trotzdem nur einige Punkte hier herausgezogen sind: alle anderen Paragraphen sind nicht besser, werden die Mieter erkennen, daß es unbedingt notwendig ist, sich hier zur Wehr zu setzen. Deshalb, wenn am 1. Februar jeder Hausbesitzer diese Mietbücher ausgeben wird, nehmt sie nicht an!

erklärt ihnen, daß ihr eure Miete in ein vom Mieterverein herausgegebenes Mietbuch quittieren laßt; schon das Annehmen bedeutet Einverständnis! Darüber hinaus muß jeder Mieter, der sich vor Schaden bewahren will, bis zum 31. März jeden Hausbesitzer schriftlich unter Zeugen — am besten unter „Einheitsreißern“ — mitteilen, daß er die bis jetzt gefällige Miete in Frage kommt. Nach dem 1. April ist der Vermieter in der Lage, wenn keine Willenserklärung vorliegt, auf Grund der Notverordnung Einzelverträge abzuschließen, und kein Gericht findet sich dann, wenn der Mieter überfordert worden ist zu helfen.

Auch bei diesem Mietbuch ist zu ersehen, daß durch die Notverordnungen alles auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden kann. Das Kabinett Brüning aber konnte diese Notverordnungen nur erlassen, weil die SPD. ihr am 18. Oktober und 8. Dezember voriges Jahr die Möglichkeit dazu gab. Mieter, denkt daran!

Die auf unseren Antrag am Montag stattgefundenen Protestversammlung des Mietervereins beschloß in oben erwähntem Sinne, kein Mieter nimmt das von den Hausbesitzern herausgegebene Mietbuch an!

Weißstein

Abgeblitzte Verräter der Kriegs- und Arbeitsopfer

Der Internationale Bund veranstaltete dieser Tage eine gut besuchte Versammlung. Genosse Heider von der Gauleitung referierte. Er behandelte dabei vor allen Dingen auch die Zustände der hiesigen Bezirksknappschafft. In der Diskussion glaubte der latente Bekannte Vorsitzende des „Zentralverbandes der Invaliden“, Herr Jungnickel, Geschäfte machen zu können, was ihm aber vorbeigelaug. Es ist dies auch nicht verwunderlich, denn mit „radikalen“ Worten, denen man Laten von entgegengesetzter Bedeutung durch seine Partei entgegenstellen kann, ist schlecht etwas zu erreichen. Das sah Jungnickel selbst ein und verduftete seine. Er hatte dabei gehofft, eine Sprengung der Versammlung zu erreichen, mußte aber hierin eine Enttäuschung erleben.

Im Schlußwort brandmarkte Genosse Heider den Verräter von J. Jungnickel und seiner befreundeten Futtertruppenpolitiker. Eine im Sinne des Referats gehaltene Entschlüsselung wurde einstimmig angenommen. Nun gilt es danach zu handeln. Sineim in den „Internationalen Bund der Kriegs- und Arbeitsopfer“. Auskunft erteilen auch die Funktionäre der Ortsgruppen.

Niederschlesien

Räuber am Werk in der Wumag

Obwohl die Proleten schon durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie ihre Löhne immer tiefer sinken sehen, genügt dies manchen Kapitalisten noch nicht. Als zwei solche Knechte entpuppen sich der Meister Langner und der Abgesandte des „Dritten Reichs“, der Heiland der Wumag.

Der lange Gulatsch versucht sich beim „General“ besonders beliebt zu machen, um dadurch seine Dummheit zu verweihen. Er ist nun auf einen Trick verfallen und verlockt nun, denselben in die Tat umzusetzen. Mit welcher gemeinen raffinierten Methoden den Arbeitern der Lohn gestohlen werden soll, zeigt sich jetzt in der Abteilung des schon öfters beleuchteten Meisters und Parteisekretärs Langner. Der paraktimierte Heiland und sein Gehilfe sind auf den Gedanken gekommen, Arbeiten, die jahrzehntelang von gelernten Arbeitern ausgeführt und nach Lohn bezahlt wurden — jetzt ebenfalls von gelernten Arbeitern ausführen zu lassen, aber dafür nur noch den Lohn der B-Gruppe zu zahlen.

Da sich die Wumag-Proleten dazu nicht hergeben wollten, wurden Arbeitskräfte aus den „Gobbinwerken“ angefordert, in der Hoffnung, daß dieselben froh sind, etwas Arbeit zu erhalten, wenn auch zu

niedrigerer Bezahlung als bisher. Die Proleten ließen sich aber nicht als Lohnbrüder verwenden und lehnten zuerst die Aufnahme der Arbeit ab. Der reformistische Betriebsrat sprach ihnen zu wie einem Kranken Pferde, doch die Arbeit anzunehmen. Der Standhaftigkeit dieser Arbeiter mußte er sich aber beugen und mit der Leitung in Verhandlung eintreten, daß die Arbeiten wieder nach Gruppe A bezahlt werden. Durch die gute Haltung der Proleten war die Firma gezwungen, die alte Lohngruppe zu lassen.

Dieser Erfolg ist aber nicht etwa ein Erfolg der Betriebsräte, die ja den gemeinen Raub widerstandslos schlucken wollten, sondern ist ein Erfolg des Klassenbewußtseins der Proleten.

Proleten, ihr seht, daß die Geschlossenheit der Werktätigen immer zum Ziele führt, wenn der nötige Druck dahinter gemacht und euren „Vertretern“ gezeigt wird, daß es nicht nach ihrem Willen, sondern nach dem Willen der Arbeiterschaft geht.

Zu den hervorragenden Betriebsrätemahlen müßt ihr schon jetzt die notwendige Vorarbeit leisten und nur solche Kollegen aufstellen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und rücksichtslos eure Interessen vertreten, und das sind die Kommunisten!

Sagan

Wachfrauenlos

Der heute durch das kapitalistische System aus dem Produktionsprozess auf die Straße geworfen ist, hat in Deutschland kaum noch die Möglichkeit, wieder in irgendeinem Betriebe unterzukommen. Nur Lohnbrüder und Schmarotzer sind für eine unabhämliche Arbeit auszuweisen. Millionen liegen auf der Straße, sind arbeitslos und schlagen sich kümmerlich durch das Leben. Durch kleine Nebenbeschäftigungen, Ausbittarbeiten, Wachstellen usw. versuchen sie ihr elendes Dasein zu fristen. Trotzdem gibt es noch Arbeitgeber, Geschäftsleute, die versuchen, diese Vermissten der Armen durch Zahlung von geringem Lohn, Gewährung schlechter Kost, aber desto größerer Arbeitsleistung bis auf das Blut auszulaugen. Hierzu ein Beispiel: Die Firma Grohn, Sagan, Holzstraße, beschäftigt eine Frau Schabe, Baderstraße, als Wachfrau. Die Arbeitgeberin, Frau Grohn, ist „sehr“ auf das Leibliche Wohl ihrer Wachfrau bedacht. Sie ließ in der Wächterhandlung „Bambos“, Kreierstraße, Käse holen, mit der Erklärung: „Geben Sie mir 20 Pfennig Reichkäse, das ist das Wichtigste und genügt auch für eine Wachfrau!“ Eine im Laden anwesende Frau war Zeugin dieser Auszüge. Wir fordern nun die Wachfrau auf, uns in Zu-

kunft weitere Fälle über diese Art Unternehmern mitzuteilen, damit wir dieselben an den Pranger stellen können. Lezt unsere „Arbeiterzeitung“, und ihr werdet erkennen, daß nur allein die kommunistische Partei und ihre Presse die Interessen des proletarischen Volkes vertritt.

Liegnitz

Wie sich die „Fürsorgeerziehung“ auswirkt

Freispruch wegen Mordversuchs

Liegnitz, 29. Januar. Unter heillosen Andrang des Publikums verhandelte das Schwurgericht am Dienstag gegen die erst 21 Jahre alte Ehefrau Elisabeth E., die wegen versuchten Mordes angeklagt war. Sie war in vollem Umfang geistig, ihrem Ehemann Ende Februar 1930 Kleinfeld in die Suppe getan zu haben, um ihn zu beseitigen. Die Menge des Giftes war jedoch zu gering, so daß er nur Brechreiz, Zittern der Glieder usw. davontrug. Die Vernehmung der Angeklagten entrollte eine erschütternde Ehegeschichte. Die Angeklagte war im Dezember 1924 in Fürsorgeerziehung

gekommen, da sie es in keiner Stellung aushielt. Sie wurde in Breslau im „Haus zum guten Hirten“ untergebracht, wo sie auf eine Oberin ein Verhör mit einem Messer verübt haben soll. Schließlich wurde sie schwer krank und kam 1928 in die Heil- und Pflanzanstalt Leubus. Von hier wurde sie nach Liegnitz beurlaubt, wo sie ihren Mann kennen lernte und Mitte Mai 1929 heiratete. Das Ehepaar wohnte bei der Mutter der Angeklagten in einer Stube. Bald kam es zu Herwürfnissen, da der Ehemann jähzornig und eifersüchtig war. Er mißhandelte seine Frau, ging einmal mit dem Messer auf sie los, so daß sie zur Polizei flüchten mußte. So reiste in ihr der Entschluß, den Mann zu ermorden. Die psychiatrischen Gutachten gingen auseinander. Während ein Mediziner das Vorliegen des § 51 zur Zeit der Tat für möglich hielt, nahm dies der Kreisarzt nicht an, wenn die Angeklagte auch vermindert zurechnungsfähig sei. Der Staatsanwalt beantragte 4 Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf Freispruch, da die Tat in einem Zustand von krankhafter Erregung der Geistestätigkeit verübt worden sein kann.

Diese Tragödie, die dem famosen Staatsanwalt nach im Zuchthaus beendet werden sollte, stellt eine schwere Anklage sowohl gegen die kapitalistische Gesellschaft als auch gegen die Fürsorgeerziehung im besonderen dar, auf deren Konto es wahrscheinlich zu setzen sein wird, daß diese Frau so zugrunde gerichtet wurde.

Aus dem Riesengebirge Petersdorf

Der Kampf um die Schule

Der „Deutsche Elternbund“ hielt dieser Tage hier eine öffentliche Elternversammlung ab, in welcher der Rektor Knape, Breslau, über die „Zersplitterung der Einheitschule“ sprach. Sein Referat war sehr dürftig und ließ nur zu deutlich erkennen, daß es ihm nur darum ging, der Schaffung einer wirklichen Einheitschule durch das Proletariat Hemmnisse zu bereiten. In der Diskussion, die sehr lebhaft war, sprachen drei Anhänger der „Freien Schule“ und auch ein Genosse von uns. In dieser Diskussion wurden zum Teil wertvolle Beispiele vorgetragen, wie heute die Schule vor allen Dingen nationalitätlicher Verheerung dient.

Ganz ernsthaft und richtig wurde die Frage aber nur von unserem Genossen Ende aufgerollt, der ganz richtig ausführt, daß erst nach Beseitigung der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine wirkliche Einheitschule durch den Kommunismus entstehen wird. Den sozialdemokratischen Kritikern des Referats gegenüber betonte er, daß sie als Konfessionssozialisten zu einer Kritik gar nicht berechtigt seien. Auch ein Paffe nahm das Wort in der Diskussion, dem aber auch die Antwort von Seiten der Arbeiter nicht schuldig gelassen wurde. Im Schlußwort konnte der Redner feststellen, daß der größte Teil der Versammlung seinen Schluß ablehnte.

Die werttätige Frau am Kreuz

Zum Rundschreiben Papst Pius XI. über christliche Ehe

Es ist erst ein knappes Jahr her, daß Papst Pius XI. in einem besonderen Schreiben die christliche Welt zum Kreuzzug gegen die Sozialunion aufrief und die gegen den sozialistischen Aufbau gerichteten Kanonen der interventionalistischen Imperialisten segnete. Die Werttätigen haben die Kriegsbefehle des Papstes noch nicht verstanden — schon organisiert die Kirche eine neue Offensive gegen das Proletariat. Diesmal aber von einer anderen Flanke her: Das Ziel des päpstlichen Angriffs sind die Millionenmassen werttätiger Frauen, deren wachsende Kapitalisierung eine immer enger werdende Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wird.

Papst Pius XI. hat am 31. Dezember 1930 datiertes Rundschreiben für die christliche Ehe „in Hinblick auf die gegenwärtigen Verhältnisse, Bedürfnisse, Fortschritt und Veränderungen in Familie und Gesellschaft“ herausgegeben, das die stärkste Beachtung — aber auch die schärfste Bekämpfung der Arbeiterbewegung — insbesondere der proletarischen Freidenker, erfordert. (Die Zentrumpresse hat zum Teil dieses Rundschreiben veröffentlicht.)

Worin liegt die große Bedeutung dieses Rundschreibens, das in alle Sprachen der Welt übersetzt wird, das von allen Kirchenorgeln herunter gepredigt und von der katholischen „Mission“ unter den werttätigen Frauen verbreitet wird?

Die Frau war in der bisherigen gesellschaftlichen Entwicklung der kirchlichen Beeinflussung besonders leicht zugänglich und deshalb auch eine der festesten Stützen der kirchlichen Politik, die stets die Politik der herrschenden Klasse war. Die Erklärung dieser Tatsache liegt in der gesellschaftlichen Stellung der Frau, die erst im Zeitalter des Kapitalismus eine grundlegende Veränderung erfuhr. Die „Hausfrau“ war vom gesellschaftlichen Leben losgerissen, lebte im engeren Horizont ihrer Familie ohne die Klassensozialstruktur der im Betrieb zusammengewälzten ausgebeuteten Massen kennen zu lernen, ohne ihren Gesichtskreis durch aktive Teilnahme an den Fragen des gesellschaftlichen Lebens erweitern zu können.

Dabei wurde von der herrschenden Klasse und der Kirche bewußt bei der werttätigen Frau — aber auch beim Manne — die Ideologie von der Frau als dem „schwachen Geschlecht“ geschichtet, und zwar aus verschiedenen Gründen. Bei der Frau wurde das Gefühl der größten Unselbstständigkeit und Unfreiheit erzeugt — der beste Boden für die Verankerung der Religion — im Bewußtsein der Frau! Der werttätige Mann sollte sich als „Herr im Hause“ nach der Arbeitsschuld von der ertüchteten Ausbeutung im Betriebe sozusagen wieder „abreagieren“. Durch diese mit echt päpstlicher Schläue durchgeführte Politik wurde eine Kluft zwischen Mann und Frau aufgerissen, welche zugleich das Zustandekommen prole-

tarischer Kameradschaft in der Familie als Bestandteil der allgemeinen Klassensozialität der Arbeiterklasse hindern sollte.

Doch es ist ein dem kapitalistischen System innewohnender Widerspruch, daß es selbst zur Untergrabung der kirchlichen Beeinflussung der werttätigen Frau beiträgt, insbesondere in der Periode des verfallenden, niedergehenden Imperialismus. Die Frau wird als billige Arbeitskraft in den kapitalistischen Produktionsprozeß einbezogen. Ist sie infolge Erwerbslosigkeit des Mannes Ernährerin der ganzen Familie. Sie spürt tagtäglich die Auswirkungen des Klassenkampfes. Sie marschiert in den gewaltigen Wirtschaftskämpfen Schufter an Schufter als vollwertiger, gleichberechtigter Klassenkämpfer! Sie gerichtet die Mission vom „schwachen Geschlecht“.

Aber damit verlegt auch der Glaube an die „allein seligmachende“ Kirche. Kirche und Kapitalismus sind also bei dem wachsenden Klassenbewußtsein der werttätigen Frau die gemeinsamen „Leidtragenden“.

Von dieser Tatsache muß man ausgehen, wenn man den Brief Pius XI. richtig beurteilen will.

Die heimtücklichen „Kritiker“ dieses Papstbriefes werden, wenn sie überhaupt wagen, in dieser glorreichen geschichtlichen Periode ein kritisches Wort zu äußern, über Rücksichtslosigkeit und „finstere Mittelalter“ in der katholischen Schreckensvision reden und sich mit einigen Phrasen über den „notwendigen Fortschritt“ begnügen. Sie sehen die ökonomischen und politischen Hintergründe dieser päpstlichen Stellungnahme zur Ehe nicht.

Die Kirche, insbesondere die katholische, weiß sehr wohl, was sie mit einem solchen Brief des Papstes beabsichtigt. Im übrigen hat sie es gerade meisterhaft verstanden, mit der kapitalistischen Entwicklung Schritt zu halten und sich ihr anzupassen.

Es geht der Kirche um die Beherrschung von Millionen werttätiger Frauen, um deren Fernhaltung vom proletarischen Klassenkampf.

In der Erreichung dieses Zieles ist ihr jedes Mittel recht, auch heute das mittelalterliche. „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Dieser jesuitische Grundsatz gilt auch heute noch bei der katholischen Kirche.

Welches sind nun die Mittel, mit denen Papst Pius XI. die dreifache Abhängigkeit der werttätigen Frau — von der kapitalistischen Ausbeutung, von der Kirche und von der Familie — im Interesse der Bewahrung der dem Untergang geweihten, verfallenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung erhalten will?

Der Inhalt des 54 Druckseiten einer Broschüre langen Rundschreibens läßt sich in folgenden Leitsätzen zusammenfassen:

1. Der Hauptzweck der Ehe ist die ungehinderte Vermehrung der Menschheit zum Wohle des herrschenden kapitalistischen Staates und zur Vermehrung der gläubigen Kirchenanhänger. „Wachet und mehret euch!“
2. Frau und Kinder sollen dem Manne bereitwillig Gehorsam leisten. „Der Mann ist das Haupt der Frau.“ Die Frau soll die Sklavin des Mannes sein.
3. Jede bewußte Verhütung der Schwangerschaft ist ein Verbrechen und daher verboten.
4. Jede Abtreibung ist Mord und ebenfalls verboten.
5. Der Staat ist verpflichtet, jeden Abtreibungsversuch exemplarisch zu bestrafen.
6. Die physiologische Befreiung (bewußte Geburtenregelung), die wirtschaftliche Befreiung und die gesellschaftliche Befreiung (Befähigung im öffentlichen Leben) sind der werttätigen Frau verboten.
7. Jede Form der Ehescheidung ist unzulässig und sogar staatsgefährlich.
8. Oberste Pflicht jeder Frau ist demütiger Gehorsam gegen Kirche und Papst.
9. Es liegt im Interesse der kapitalistischen Staatsmacht, sich aufs engste mit der Kirche zu verbünden und diese zur Aufrechterhaltung ihrer Macht auszunutzen.
10. Der Faschismus schützt in mustergültiger Form die Rechte der Kirche (Beispiel Italien).

Diese zehn „Ehegebote“ bilden eine wohlbedachte, selbstverständlich erzklerikale Einheit, durch welche jede Regung des Klassenbewußtseins der werttätigen Frau im Keime erstickt werden soll. Es muß an dieser Stelle nochmals betont werden: Nicht die reaktionären Einzelheiten, sondern die Gesamtwirkung ihrer Auswirkungen ist für das Proletariat entscheidend. Zweifellos gibt es eine große Anzahl bürgerlicher Ärzte, Wissenschaftler usw., die eine fortschrittliche Auffassung über Geburtenregelung, Verhütung der Schwangerschaft und Abtreibung haben. Die päpstliche Bestimmung, daß selbst die Verhinderung der Geburt schwachsinniger oder verkrüppelter Kinder unzulässig ist, daß Abtreibungen auch dann verboten sind, wenn bei einer etwaigen Geburt der Tod der Mutter droht — das ist auch vom Standpunkt bürgerlicher Ärzte Wahnsinn. Aber — „ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode!“ Die Methode einer brutalen Unterdrückung der werttätigen Frauen. Denn wohl gemerkt: Für die Frauen der herrschenden Klassen stehen auch nach der Herausgabe des päpstlichen Rundschreibens die Privatkliniken für klingendes Geld zur Verfügung!

Es gibt auch seit Jahrzehnten eine bürgerliche Frauenbewegung, welche die „soziale Gleichberechtigung“ der Frau fordert. Aber sie hat vor den Klassenbarrieren der bürgerlichen Gesellschaft halbgemacht. So wenig sie für die Befreiung der kapitalistischen Ausbeutung als der Grundursache für die Unterdrückung der werttätigen Frau kämpft, so wenig kann und wird sie gegen das Opium der Religion als einer sozialen Erscheinung, als Unterdrückungsinstrument der Ausbeuterklasse gegen die Ausbeuteten kämpfen.

Ebenso klar ist es auch, daß die bürgerliche Freidenkerbewegung keinen ernsthaften Kampf gegen die religiöse Massenbeeinflussung der werttätigen Frau führen kann. Die Befreiung von der Religion ist für sie — im besten Falle — Selbstzweck, kein kulturpolitischer Massenkampf. „Dem Volke“ — natürlich dem werttätigen Volke — „muß die Religion erhalten bleiben.“

Und die sozialfaschistische Freidenker-Bürokratie? Sie ist auf dem Wege zur bürgerlichen Freidenkerbewegung — besser gesagt, schon bei ihr gelandet!

Es gibt nur eine Kraft, die sich der neuen kulturreaktionären Werte päpstlicher Agitation entgegenstellt: die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus kämpfende proletarische Freidenkerbewegung. Sie antwortet auf die katholische Mission mit einer proletarischen Massenaktion. Papst Pius XI. hat mit seinem Rundschreiben über die christliche Ehe einen sehr lebendigen Anschauungsunterricht über den neuen Zusammenhang zwischen Kirche und Politik, über die arbeitertätige Sozialität zwischen Klassen und kapitalistischen Ausbeutern gegeben. Er hat damit die Wichtigkeit unserer marxistischen Aufklärung, daß die Kirche stets an der Seite der Ausbeuter gegen die ausgebeuteten marschiert, bekräftigt. Wir proletarischen Freidenker

haben aus dieser Erkenntnis längst die notwendigen Konsequenzen gezogen.

Wir marschieren in den Kampfzeilen unserer Klasse — des Proletariats!

Schlagen wir den Feind mit den Waffen, die er uns liefert! Entschließen wir den Gehirnen Papst Pius XI. als ein Dokument des Klassenkampfes, gegen die engen Zusammenhang zwischen den mittelalterlichen Unterdrückungsmethoden der Kirche gegen die werttätige Frau und der Entwicklung des „modernen“ faschistischen Terrors auf!

Dann wird es uns gelingen, die werttätigen Frauen zu Hunderttausenden vom Einfluß der Kirche zu lösen und sie einzureihen in den Kampf um ihre eigene Befreiung. Diesen Kampf kann sie nur führen an der Seite des ausgebeuteten Proletariats, ihres Klassen-genossen, nicht ihres Klassenfeindes. Im Feuer der proletarischen Klassensozialität werden die Schranken päpstlicher Verbannung und die künstlich errichteten Schranken zwischen Arbeiter und Arbeiterin verbrennen. An ihre Stelle tritt das Klassenbewußtsein, der Wille zur Überwindung aller Feinde der Werttätigen, zur Schaffung einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft ohne Ausbeuter und ohne Pfaffen!

Zur Bezirkskonferenz werttätiger Frauen

Martha Chwalek

Preisabbau! Das war das Feldgeschrei vor einigen Wochen. Es blieb aber auch nur beim Schreien, denn in die Tat wurde nichts davon umgesetzt. Heute ist man still und hat das tot-

Doppelter Frauen wählen Delegierte zur Bezirkskonferenz werttätiger Frauen

In der am 23. Januar stattgefundenen Frauenversammlung wurden vier Delegierte zur Bezirkskonferenz werttätiger Frauen gewählt. Bereits zwei Tage vorher wählten die erwerbslosen Frauen zwei Delegierte aus ihrer Mitte, so daß in Opatowitz alle sechs Frauen zur Bezirkskonferenz gewählt wurden. Hieraus ist ersichtlich, daß die Opatowitz-Proletarierfrauen begriffen haben, daß es notwendig ist, daß auch die Frauen bei der immer größer werdenden Verelendung

geborene Kind längst lang- und klanglos zu Grabe getragen. Dazu aber hat man den Werttätigen etwas anderes auf Tablet gelagert. Da man auf alle Fälle abbauen will, und der Preisabbau daneben gelungen ist, hat man nun einen anderen Abbau, und zwar den Lohnabbau auf die Tagesordnung gestellt. Daß der Lohnabbau aber kein totgeborenes Kind ist, dafür sorgen schon Zentrum, SPD. und Nazis mit dem katholischen Reichszentralrat an der Spitze.

Der Brüning hat vor Eröffnung des Reichstages am 13. Oktober erklärt, daß er sein Sparprogramm durchführen werde, mit oder ohne Reichstag, d. h., sollten die Abgeordneten wagen, zu seinem Sparprogramm nein zu sagen, dann mit dem Artikel 48 auf dem Wege der Diktatur. Brüning hält Wort, denn einen der entscheidendsten Punkte der Notverordnung, den Abbau der Löhne und Gehälter, hat man schon überall, ob im Westen oder Osten Deutschlands, begonnen. Den oberstehtischen Bergarbeitern hat man die Löhne um 8 Prozent gekürzt, Eisenbahner, Tabakarbeiter usw. werden folgen. Für den Krankenschein müssen 50 Pfennig bezahlt werden. Die Wochenhilfe wird vollständig abgebaut. Bürger-, Bier-, Tabak- und Getränkesteuer sind die Ueberwachungen, die Brüning für das Proletariat hat, und die bereits Wirklichkeit geworden sind.

Das alles trifft besonders hart die Frauen. Die Männer bringen die paar Pfennig Lohn, aber die Frauen müssen sehen, wie sie damit auskommen. Daß das nicht anders geht, als daß die Schnitten für die Kinder kleiner werden, der Kaffee weniger Zucker sieht, Milch, Butter, Fleisch, Eier nur noch Delikatessen sind, das ist erklärlich.

Wenn wir Frauen, ob wir christlich, kommunistisch, sozialdemokratisch usw. eingestellt sind, das betrachten, dann merken wir, daß diese Maßnahmen als Auswirkung der Brüning'schen Notverordnung nur die Arbeiter und Beamten mit ihren Familien treffen. Trotz verschiedener religiöser und politischer Anschauungen haben wir alle nur einen Feind, die Kapitalisten und ihre Handlanger. Wenn auch Brüning ein Zentrumsmann ist, so zeigt es sich doch von Tag zu Tag immer mehr, daß er und auch das Zentrum gar nicht danach fragen, ob durch ihre arbeitertätige Politik Tausende von Menschen dabei zugrunde gehen.

Arbeiterfrauen! Dem geschlossenen Feind muß die geschlossene Kampftruppe der werttätigen Frauen und Männer entgegengestellt werden. Daß die Einheitsfront auch der werttätigen Frauen sich schon zu formieren beginnt, das wird die Bezirkskonferenz werttätiger Frauen am 1. Februar zeigen, wo christliche, sozialdemokratische und kommunistische Frauen zusammen die weiteren Kampfmaßnahmen beraten werden. Darum noch in den letzten Tagen alle Kräfte zur Organisierung der Konferenz angespannt, damit wir uns so schnell unser Ziel, die Aufrichtung eines Sowjetdeutschland erreichen.

Ein fragliches Glück

Von Hans Pitter Boile

„Noch ist Deutschland nicht verloren! Die in Wending (Schwaben) ansässige Zimmermannschaft von Weinfelder schenkte in diesen Tagen dem 26. Kinde, was zwar einem Anaben, das Leben. Die glückliche Mutter, die sich bester Gesundheit erfreut, erhielt vom Bezirksamt 25 Mark Unterstützung zugewiesen.“
„Bremer Nachrichten“.

Achtung! Stramm gestanden und nicht gerudt! Das Gewehr über! Und nicht gemudt. Eure Söhne — Mütter, sind zum Krepiere bestimmt! Wehe dem, der es nicht ernst mit dem „Heldentod“ nimmt! Achtung! Zuhören: Deutschland ist nicht verloren — eine Frau hat das 26. Kind geboren! Einem Anaben hat sie das Leben geschenkt — ein Lump, wer nicht sofort dabei an Deutschlands Befreiung denkt

Das ist so die Ansicht beim „Militär“. Doch hier die vom Staate — bitte sehr! „Beim 12. Kinde hat der Staat eine Tasse spendiert, als Belohnung quasi — und damit die Frau nicht den Mut verliert.“

Beim 2. Dugend hat der Staat wieder eine Tasse geschickt. Und beim 26. Kinde hat er sie mit 25 Mark „beglückt.“ Nobel ist der Staat ja schon immer gewesen, das ist unter „Selbstmord-Chronik“ täglich zu lesen! So und nun kommt der Glückwunsch der Bürgerpresse. Die hat die gemeinste und größte Fresse! Die denkt nicht an die Räte der Mütter. Die Presse malt rosig. Es ist alles in Butter. Daß die Frau eine Gebärmachin gewesen, ist nirgends in der Presse zu lesen... Ihr erster Gedanke ist: Deutschland, für dich, gebärt sie die Kinder. Drum freue dich! Wenn wieder mal Granaten zwischen Menschen krepiere, sollt ihr von „Staats wegen“ den Mut nicht verlieren. Denn einstens im Ofen die Söhne verreden, verkrampfte Häufte sich zum Himmel kreden, wenn Fläche, vermischt mit Jammergehrei, über die Schlachtfelder tönen — ist dein Sohn dabei. Du wollst den Krieg nicht — Proletenweib — Dich schämt dein Sohn nicht mit seinem Leib... Er hat zu verreden für den Profit — Siehst du — das ist der Unterschied!



Sie sparen Geld, wenn Sie bei uns kaufen

Unsere Spezial- und Getränke vereinigen Billigkeit und hohe Qualität.

1929 er Edenkobener hervorragend mild Tischwein 1/2 Fl.	80
1929 er St. Martin. Schloßb. fein. rosé. süßl. 1/2 Flasche	90
1929 er Liebfraumlisch elegant. sort. u. mollig. 1/2 Flasche	100
1928 er Oppenheimer Krötenbrunnen blumig. anregend. 1/2 Flasche	210
1927 er Rüdeshelmer Kiesel pikant würzig. 1/2 Flasche	300
1929 er Mes-nicher Berg sehr rosé. pikant. 1/2 Flasche	100
1928 er Berncastl. Riesling vollmundig. spritziger Wein 1/2 Fl.	150
1921 er Sommerauer Schloßberg feines. edles Gewächs. 1/2 Flasche	300

Deutscher Rotwein hervorragend. trocken für Gichtweine 1/2 Flasche	80
Spanischer Rotwein vollmundig. sehr fein. 1/2 Flasche	100
Saint Emilion Bordeaux extra feine Art. 1/2 Flasche	150
1924 er St. Julien Bordeaux hervorragend edler Tropfen 1/2 Flasche	200
1926 er Chateau Dauzac Labarde pikant. für Genteeier 1/2 Flasche	250
1926 er Graves superieures (weißer Dord.) mit feiner Edelnote. 1/2 Flasche	170
1925 er Graves haubos (weißer Bordeaux) extra fein 1/2 Flasche	170

Deutscher Wermutwein hervorragend. unübert. Qual. 1/2 Fl.	90
Italien. Wermut, Emilio magerstark. unerleidi. 1/2 Fl.	90
Cinzano der echte Torino. 1/2 Flasche	210
Vollkorn. hochfein. griech. Muskat. Cephalonia. 1/2 Fl.	80
Tarragona extra feine Qualität. 1/2 Flasche	120
Feiner alter Malaga golden. sehr teure. 1/2 Flasche	120
Original Sherry herber Frühstückerwein. 1/2 Flasche	210
Alter Douro Portwein rosé. trocken. 1/2 Flasche	210
Alt. Original Insel Madeira feiner. edler Tropfen 1/2 Flasche	210

Apfelgold rasig und mit Marke. 1/2 Flasche	50
Apfelgold als hoch. bel. 6mm. Marke. 1/2 Flasche	60
Johannisbeerwein vollkom. feur. pik. Marke. 1/2 Fl.	75
Stachelbeerwein voll. würz. mild. Marke. 1/2 Fl.	75
Heidelbeerwein hocharomat. erst emp. Marke. 1/2 Fl.	75
St. Barbara Riesling unsere Hausmarke. 1/2 Flasche	400
Kupferberg Kupfer 1/2 Flasche 4.75. 1/2 Flasche ...	275
Kupferberg Gold 1/2 Flasche 6.00. 1/2 Flasche ...	305
Henkel Trocken 1/2 Flasche 6.00. 1/2 Flasche ...	305
Hochheimer Goldlack Obstschumwein. 1/2 Flasche	200

Bei diesen Preisen können wir auch bei größerem Bezug u. Wiederverkäufern keinen Rabatt gewähren. Verkauf in 20 Gasstätten u. Detailgeschäft Riga 3 neb. d. Gasst.

Gestern Mittag, 2 Uhr, verstarb nach kurzen schweren Leiden, unsere liebe Mutter, Großmutter Tante, Schwiegermutter und Schwägerin, Frau **Henriette Fellenberg geborene Bernhardt** im Alter von 70 Jahren
Breslau, den 28. Januar 1931
Die trauernden Hinterbliebenen
Beerdigung findet Sonnabend, den 31. Januar um 15.30 Uhr, von der Leichenhalle Pohlenowitz aus, statt.

3 LETZTE TAGE
Unwiderlich nur noch bis Sonnabend, 31. Januar, im CIRCUS BUSCH:
Der CIRCUSKÖNIG mit 23 Sensationen - Vorstellungen täglich 4 Uhr nachm. und 8 Uhr abends! admitt. 5 hal. e. Preis: für Erwachsene und Kinder, abends halbe Preise nur für Kinder auf allen Plätzen
Ververkauft: Barasch (Tel. 52641) Wertheim (Tel. 22114) sowie den ganzen Tag am Circus (Tel. 91-5) Reklamemarken behalten Gültigkeit bis 31. Januar
Riesen-Circus GLEICH
im Circus-Busch-Gebäude Tel. 29135

Kauf bei **Blassc** ist billig!
BRESLAU
Nur Graupenstraße 6/10

Trebnitzer Robfleischerei
Markthalle I u. II
Breslau, Gartenstraße, Stand 218/19
empfiehlt alle Sorten frische Fleisch- und Wurstwaren
Paul Martin

Vereinigte Theater
Lobe-Theater
Von Dienstag, den 27. 1. bis Sonnabend, den 31. 1. 20.15 Uhr
Dreimal Waterloo
Sonntag, 1. 2., 15.30 Uhr
Katharina Kote
Sonntag, den 1. 2., und Montag, 2. 2., 20.15 Uhr
Dreimal Waterloo
Thalia-Theater
Von Montag, 26. 1., bis Sonnabend, 31. 1., 20.15 Uhr
Der Mann den sein Gewissen trieb
Sonntag, 1. 2., 15.30 Uhr
Das Konto X
Sonntag, den 1. 2., und Montag, den 2. 2., 20.15 Uhr
Der Mann den sein Gewissen trieb

Ederjacken
27.39.- bis 69.- Mk. gegenüber der Markthalle!
Gartenstr. 26
Lombard u. Warenhaus
L. HAMBURGER.

6 Sonderverkaufstage!
vom 29. Januar bis 4. Februar
auf alle guten regulären Qualitäten
10%
Fabrik-Reste / Wäsche aller Art
Beruiskleidung eigener Anfertigung
bedeutend unter Preis
Leinenhaus
Gotthard Völkel
BRESLAU, Albrechtstraße 56 (2. Haus v. Ring)
und Friedrich-Wilhelm-Straße 51

Warnung vor einem Schwindler!
Seit einiger Zeit treibt der frühere Akquisiteur Kurt Müller in Schlesien und Oberschlesien sein Unwesen. Wir warnen alle Geschäftsleute und Parteigenossen vor Müller, der keinerlei Berechtigung hat, für die in unserem Verlage erscheinende „Arbeiter-Zeitung für Schlesien u. Oberschlesien“ Inseraten-Aufträge zu sammeln noch sonst irgendwelche Gelder zu kassieren
Schlesische Verlagsgesellschaft
G. m. b. H.
Breslau 10, Trebnitzer Straße 50

WAPPENHOF
Heute Donnerstag, ab 4 Uhr sowie täglich außer Sonnabend:
Gr. Nachmittags-Vorstellung
mit dem internationalen Programm:
4 Resua-Sisters in ihrem unvergleichlichen Rollschuh-Akt, **3 Houstons** in ihrem einzigartigen Pierrot-Akt, und weitere Attraktionen
Eintritt 30 Pfg. Ab 8 Uhr:
Abendvorstellung mit Ball
2 Kapellen
Eintritt einschließlich Ball 50 Pfennig
Reinhold Weise Schießwaffenstraße 30
Getreide-Dampfbrennerei
Likörfabrik
Gaststätte

Molkerei und Milch-Großhandlung
Christoph Hümmer
Breslau, Lehmgrubenstr. 5
Verkauf durch Läden u. Klingelwagen / Achtel auf die Firma!

Inventur-Ausverkauf
in allen Lägern
Teppiche, Gardinen, Brückenläufer, Tisch- u. Divandecken, Vorlagen, Möbelstoffe, Reise-decken, Dekorationen u. s. w.
Außergewöhnl. Preisangebote
V. Martin
Schweidnitzer Str. 1, Ecke Ring
Eingang Ring 26/28 (Goldener Becher)

G Empfehlenswerte Geschäfte von Breslau und Schlesien G

Breslau - Zentrum
R. Karsunky & Co., Möbel
Rosenthaler Straße 2
Ecke Mathiasstraße 2735

Breslau - Zentrum
1461 Molkerei
Scheloske & Sohn
Klein Tschansch bei Breslau

Grünberg
KUNELLA GOLD
mit den wertvollen KUNELLA BONS allein erhältlich in der KUNELLA-BUTTERHANDL.
2431

Görlitz
J. HORN
Inhaber Hermann Horn
Görlitz
Steinstrasse Nr. 1 1821

Waldenburg
Kauft bei **Jacobsohn**
Gartenstraße 6 1810

Brieg
Brauchst Du SCHUHE??
Och zu **SCHINDLER**
Zollstraße 27 1254

Kaufhaus ARTHUR BACH
Billigste Bezugsquelle
Voriger Saison erhält 10 Prozent Extra-Rabatt 1252

Fleisch- und Wurstwaren 1253
ROBERT MEITZNER
Geberstraße 12

Damen-, Mädchen-, Kinderbekleidung 1255
Niedrigste Preise / Große Auswahl
BERGMANN'S Einzelgeschäft, Oppolzer Str. 24

Kaufhaus S. JABLONOWSKY
Oppolzer Straße 32 1254

L. LEWIN, Zollstraße 1 1251
Spezialhaus für Herrenartikel
Trikotagen, Hüte, Mützen

Ohlau
... nur mit Gas!
rasch, sauber, billig
Raf und Auskunft beim Gaswerk Ohlau 1260

Ohlau
Karl Kreusel Söhne
Möbel aller Art 1263

KONSERVEN, WEINE, SÜDFRÜCHTE
sowie sämtliche Kolonialwaren kauft man gut und preiswert im Frischwaren
Georg Henischel
Reinhold Naugener-Str. 2
Telephon 357 1259

KARL ROSSEDEUTSCHER 1261
Breslauer Straße 3
HUTE / MÜTZEN / HERRENARTIKEL

E. PROST, Brieger Straße 36
Woll- u. Weißwaren, Arbeitsbekleidung 1262

BRAUNBIERBRAUEREI
Selter / Limonaden
ERNST 1269

Lauban
Trinkt Laubaner Korn!
EDMUND SCHUBERT
Weinbrennerei 1684

Radio-Haberrecht, Naumburger Str. 34 1685
altrenommiertes Spezialgeschäft

BRUNO KLETTE, Richterstr. 14 1683
Papier / Bürobedarf

H. SÜSSMANN Brüderstraße 17 1690
Tischlerer-Bedarf, Innendekoration

Möbel billig und gut bei ERNST QUESTER, Tischlermeister 1268

FRANZ LILGE
empfiehlt preiswert Lebensmittel 1264

NAHMASCHINEN / FAHRRÄDER
PAUL FROST, Breslauer Chaussee 3 1267

H. KASKE, Bau- und Möbeltischler
Tischlerz.: Pflanzplatz 4
Möbellager: Oderstraße 50 1268

FF. FLEISCH UND WURSTWAREN
PAUL DRABNER 1270

KOHLE UND BRIKETTS
ARTHUR HAWLERT 1271

Wurstfabrik Gerhard Hentschel
Frühstücksstube / Versandhaus
für Dauerware / Fernspr. 233 1687

ANTON PILZ, Brüderstraße 13
Mehleprodukte, Hülsenfrüchte, Kolonialwaren 1689

Sprottau
Otto Grobmann, Jüdenstraße 3
Fahräder und Nähmaschinen
Eigene Reparaturwerkstatt 1964

Peistervitz
Bäckerei und Konditorei
PAUL HAUPT, Neue Hauptstraße 8
Elektrischer Betrieb 1258

RESERVIERT

Kauft am Platze

NAUMANN-NÄHMASCHINEN
auf Teilszahlung 2025
Alfred Schlegelinger, Ole t. Schlee., Ring 17
Fittler: Neumarkt in Schlä., Oberring 17

Liebau

Woll- u. Baumwollwaren, Trikotagen, inlets / Bettedern
Emil **Bodmann**
Nikolaistraße 3 1898
Reserviert

Süddeutsches Leinwandgeschäft
C. A. FRENZEL & SOHN
Beruiskleidung / Wäsche / Trikotagen 1691

Alois Hampel, Waldenburger Str.
lad.: 1200 Bender 8-1
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren